SRG SSR Wahlbarometer

Studienbericht

Oktober 2026

SOTOMO

IMPRESSUM

SRG SSR Wahlbarometer, Oktober 2026

Auftrag: SRG SSR

Ausführung: Sotomo, Binzstrasse 23, 8045 Zürich.

Projektteam: Michael Hermann, Sarah Bütikofer, Elia Heer, Simon Stückelberger

1	**Parteistärken ein Jahr vor den Wahlen**	**4**
1.1	SVP bleibt im Hoch, die Mitte rutscht ins Tief	4
1.2	Rechts gewinnt und links ebenfalls	6
1.3	Parteien: Präsidien und Ausrichtung	10
2	**Wichtigste Herausforderungen und Themen**	**15**
2.1	Wichtigste politische Herausforderungen	15
2.2	Herausforderungen – Wahrnehmung durch Wählerbasis	21
2.3	Herausforderungen – Soziodemografie	26
2.4	Aktuelle Themen	29
3	**Vertrauen und Bewertung der Akteure**	**35**
3.1	Vertrauen ins politische System	35
3.2	Politische Ausrichtung der Institutionen	38
3.3	Einfluss-Ranking der Bundesratsmitglieder	39
3.4	Sympathie-Ranking der Bundesratsmitglieder	42
3.5	Bewertung der Aussenpolitik des Bundesrates	45
4	**Das Profil der Wählenden**	**50**
4.1	Geschlecht und Alter	50
4.2	Migrationshintergrund	54
4.3	Bildung und Einkommen	56
4.4	Positionierung Links-rechts-Achse	59
5	**Budget des Bundes**	**63**
5.1	Sowohl Mehreinnahmen als auch Sparen bei Budgetlücken	63
5.2	Asylwesen beliebtestes Sparziel	67
5.3	Einnahmen: Mehrwertsteuer unbeliebt	71
6	**Datenerhebung und Methode**	**76**

Parteistärken ein Jahr vor den Wahlen

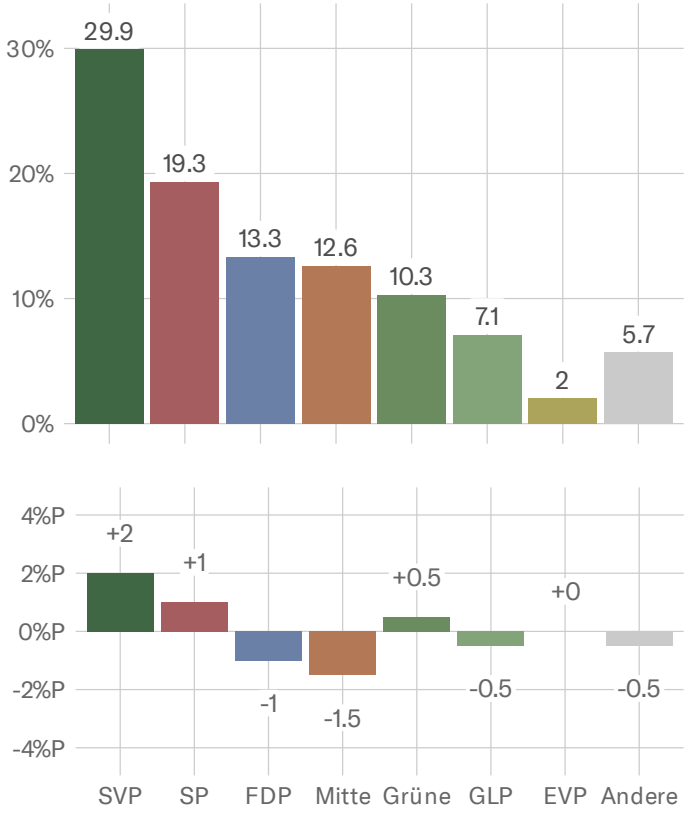
Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen 2027 steht die SVP weiterhin klar an der Spitze und legt als einzige Partei im Vergleich zu 2023 deutlich zu. Das rot-grüne Lager kann insgesamt ebenfalls leicht zulegen. Einen negativen Trend zeigt aktuell insbesondere die Mitte und in geringerem Ausmass die FDP. Demgegenüber hat sich die GLP im Vergleich zum Vorjahr gefangen.

1.1 SVP BLEIBT IM HOCH, DIE MITTE RUTSCHT INS TIEF

Wenn heute gewählt würde, wäre die SVP mit einem Wähleranteil von rund 30 Prozent klare Wahlsiegerin (Abb. 1). Gemäss aktueller Wahlabsicht gewinnt die grösste Partei der Schweiz mit einem Plus von 2 Prozentpunkten zwar leicht weniger als noch vor einem Jahr. Mit einem Wähleranteil von 29,9 Prozent würde sie dennoch ihr eigenes Spitzenresultat von 2015 übertreffen. Damals lag ihr Wähleranteil bei 29,4 Prozent. Im Vergleich zu den aktuellen Trends in Westeuropa ist der erwartete Zugewinn der SVP moderat – nicht zuletzt, weil die SVP verglichen mit

ähnlich positionierten Parteien in anderen Ländern ihr Potenzial schon seit Jahren sehr gut ausschöpft.

Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht (Abb. 1)



Während sich die SVP stabil im Hoch befindet, rutscht die Mitte ins Tief. Aktuell verliert sie 1,5 Prozentpunkte und damit einen Prozentpunkt mehr als vor einem Jahr. Dabei hatte sich die gemässigt bürgerliche Partei bei den letzten nationalen Wahlen 2023 gefangen und legte minimal zu. Diese Stabilisierung gelang womöglich auch wegen ihres neuen Namens (Die Mitte statt CVP) und ihres aufgefrischten Auftritts. Mittlerweile scheint sie den seit Jahrzehnten anhaltenden Abwärtstrend wieder aufzunehmen.

Auch die FDP verliert. Bei einem Minus von einem Prozentpunkt würde sie einen Wähleranteil von 13,3 Prozent erreichen. Das wäre ihr historisch schlechtestes Abschneiden bei Nationalratswahlen. Das Positive aus Sicht der FDP ist, dass sie mit diesem Ergebnis im Rennen mit der Mitte um Platz drei wieder

die Nase vorne hat. Letztes Jahr war sie bei der Wahlabsicht noch hinter die Mitte auf Platz vier gerutscht. Dies ist relevant, weil bei einer möglichen FDP-Vakanz im Bundesrat die Rangordnung des Wähleranteils ein wichtiges Argument für die Beanspruchung des Bundesratssitzes ist.

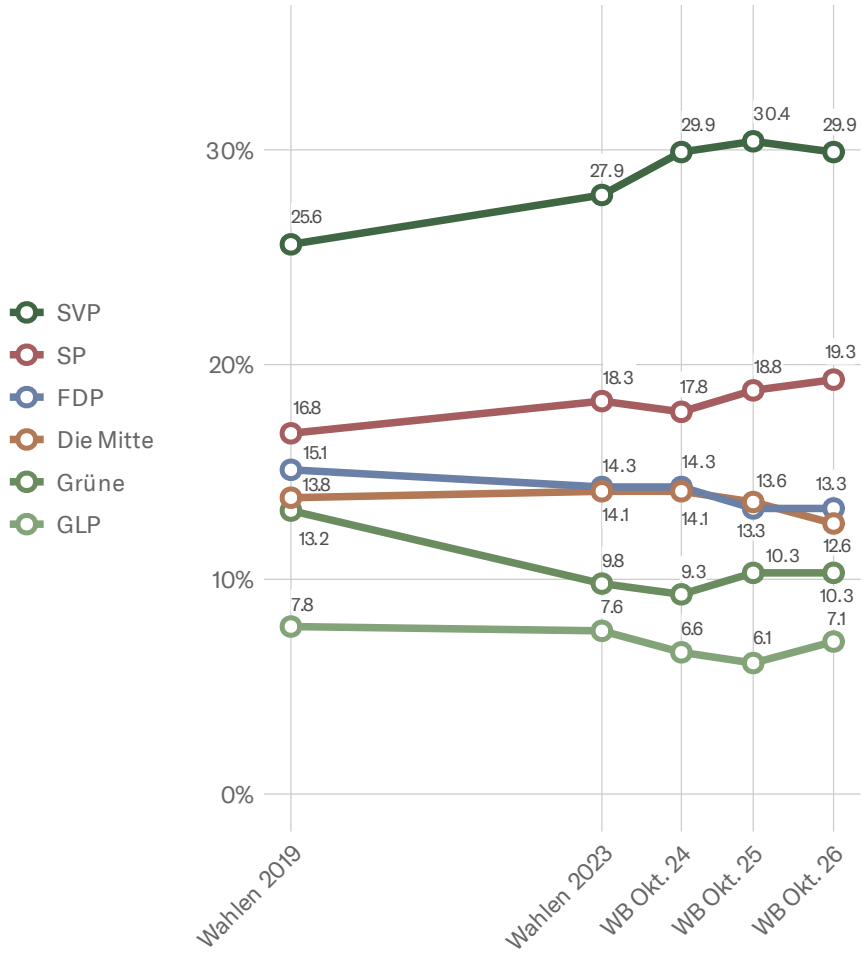
Auffällig ist, dass sich trotz des Hitzesommers 2026 keine grüne Welle bemerkbar macht. Die Grünen legen im aktuellen Wahlbarometer nur minimal zu. Die Grünliberalen, die andere ökologische Partei, liegen ganz leicht im Minus. Bei den beiden Parteien stehen die Zeichen zurzeit auf Wähleranteil halten. Dies sind jedoch für die beiden Parteien bessere Neuigkeiten, als es auf den ersten Blick erscheint. Bis vor kurzem deutete bei beiden Parteien noch einiges auf eine Niederlage bei den nächsten nationalen Wahlen hin: Die Grünen gehörten bei den kantonalen Wahlen bis zuletzt zu den grossen Verlierern. Und die Grünliberalen lagen im letztjährigen Wahlbarometer noch bei minus 1,5 Prozentpunkten, haben sich seither aber um einen Prozentpunkt verbessert. Es scheint, dass sich die beiden Parteien mit einem ökologischen «Branding» zumindest aus dem Wellental zu kämpfen vermögen, in dem sie sich vor kurzem noch befanden.

1.2 RECHTS GEWINNT UND LINKS EBENFALLS

Mit einem Plus von 2 Prozentpunkten gewinnt die SVP aktuell am meisten. Die SP und die Grünen gewinnen einzeln nur leicht, doch weil beide zulegen, kann das linke Lager insgesamt ein Plus von 1,5 Prozentpunkten verbuchen. Der grössere Anteil geht dabei auf die SP zurück, die sich seit dem ersten Wahlbarometer dieser Legislatur von -0,5 auf +1,0 verbessert hat. Die Sozialdemokraten stehen aktuell bei einem Wähleranteil von 19,3 Prozent und wären damit so gut wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr, als sie bei den Wahlen 2007 das letzte Mal knapp 20 Prozent erreichten.

Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Abb. 2)

Nationalratswahlen 2019 und 2023, SRG Wahlbarometer 2024, 2025 und 2026



Die Ergebnisse des Wahlbarometers 2026 stehen somit eher für Polarisierung als für einen Rechtsrutsch. Rechts gewinnt die SVP, links der rot-grüne Block und dazwischen verlieren jene Parteien, die einst das bürgerliche Lager dominierten – die FDP und die Mitte. Die beiden bürgerlichen Traditionsparteien kommen gemeinsam aktuell auf einen Wähleranteil von knapp 26 Prozent. Zusammen erreichen sie damit einen Wähleranteil, der vier Prozentpunkte unter dem alleinigen Wähleranteil der SVP liegt.

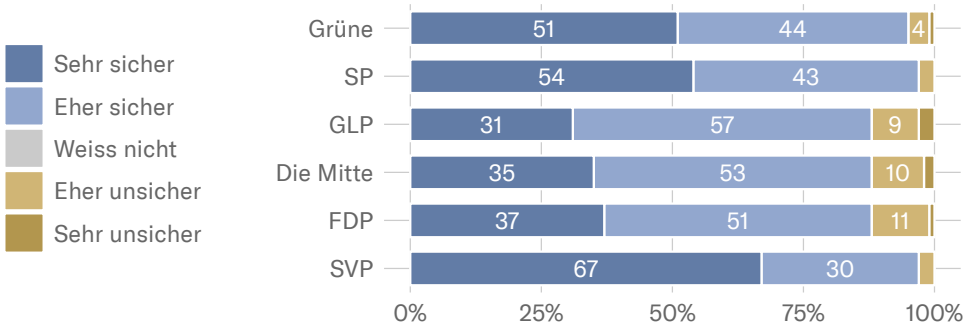
Noch Anfang der 1990er Jahre kamen die FDP, die Liberalen und CVP, also die Vorgängerparteien der heutigen FDP und der Mit-

te, zusammen auf über 40 Prozent der Stimmen. Seither ist ihr Wähleranteil langsam geschrumpft. Aktuell ist kein Ende dieses Erosionsprozesses in Sicht. Und doch vermitteln die hier gemessenen Wähleranteile nur das halbe Bild. Im Ständerat besetzen Mitte und FDP zusammen aktuell fast 60 Prozent der Sitze, während die SVP auf gerade einmal 13 Prozent der Sitze kommt. Die Diskrepanz in der Zusammensetzung der beiden gleichberechtigten Parlamentskammern ist frappant. Wer nur auf die Wähleranteile bei den Nationalratswahlen schaut, übersieht leicht die andere Hälfte des Bildes.

Die Polarisierung, die sich bei der Entwicklung der Wähleranteile zeigt, spiegelt sich auch in der von den Befragten angegebenen Sicherheit des Wahlentscheids (Abb. 3). Rund zwei Drittel jener, die angeben, die SVP wählen zu wollen, sind sich bereits heute sehr sicher in ihrem Entscheid. Bei den Wählenden der linken Parteien sind sich etwas mehr als die Hälfte sehr sicher.

Sicherheit des Wahlentscheids für die angegebene Partei (Abb. 3)

«Wie sicher sind Sie bei Ihrem Entscheid für diese Partei ([Partei])?»



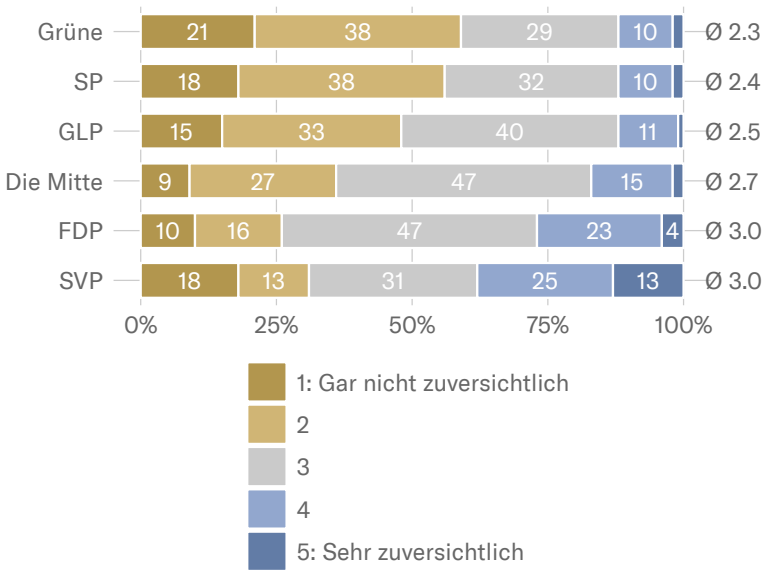
Weniger sicher sind sich die Wählenden der Parteien zwischen diesen Polen. Am tiefsten ist der Wert bei der GLP. Nur 31 Prozent ihrer aktuellen Wählenden geben an, sich in ihrem Entscheid sehr sicher zu sein.

Keine Polarisierung, sondern ein klares Links-rechts-Gefälle zeigt sich bei der Zuversicht in Bezug auf den Wahlausgang 2027. Eine Mehrheit der Wählenden von SP und Grünen ist diesbezüglich pessimistisch. Bei der FDP ist dies nur ein Viertel,

bei der SVP weniger als ein Drittel. Das deutliche Links-rechts-Gefälle, das in Abbildung 4 sichtbar wird, deutet darauf hin, dass die Stimmbevölkerung von einem durch die SVP angeführten Rechtsrutsch ausgeht.

Zuversicht bezüglich Zusammensetzung des Parlaments nach den Wahlen 2027 (Abb. 4)

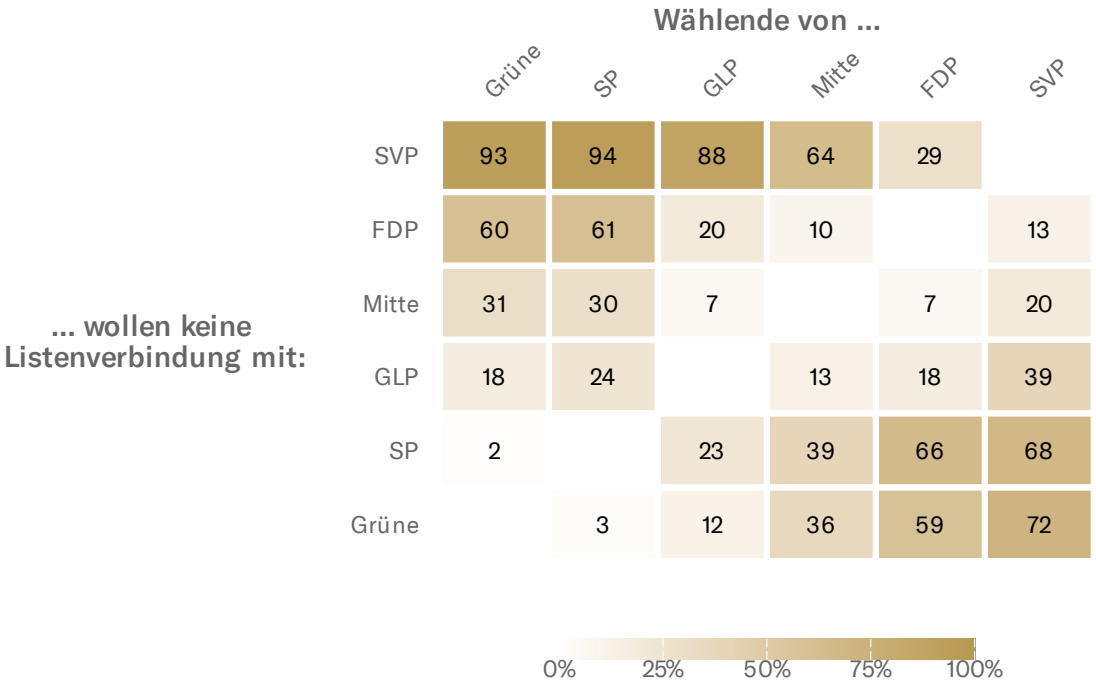
«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung des Parlaments nach den eidgenössischen Wahlen 2027 besser sein wird als heute? (Von 1: Gar nicht zuversichtlich, bis 5: Sehr zuversichtlich)»



Ein wichtiges Thema, das bald ansteht, sind Listenverbindungen. Diese entscheiden über die Verteilung von so genannten Restmandaten. Die Parteien gehen diese Listenverbindungen vor allem aus wahltaktischen Gründen ein. Zugleich bedeutet eine Listenverbindung auch eine Allianz, die die Wahlchancen des Allianzpartners erhöht. Wir haben uns deshalb für die Einschätzung der Wählenden interessiert. Welche Listenverbindungspartner sind für die einzelnen Parteianhängerschaften ein No-Go? Dabei zeigt sich eine verbreitete Toleranz gegenüber Listenverbindungen. Auf grosse Ablehnung stossen hauptsächlich Allianzen zwischen Rot-Grün auf der einen und SVP/FDP auf der anderen Seite. Eine klare Mehrheit der Wählenden von Mitte und GLP lehnt zudem eine Listenverbindung mit der SVP ab. Bei beiden Parteien werden Listenverbindungen mit der SVP deutlich weniger goutiert als Listenverbindungen mit den linken Parteien.

Ablehnung von Listenverbindungen mit anderen Parteien (Abb. 5)

«Mit welcher dieser Parteien soll die Partei Ihrer Wahl ([Partei]) auf keinen Fall eine Listenverbindung eingehen? (wählen Sie alle zutreffenden Antworten)»



Ein wiederkehrender Diskussionspunkt sind Listenverbindungen zwischen FDP und SVP – vor allem aus Sicht der FDP. Die Befragung zeigt: 29 Prozent der FDP-Wählenden wollen auf keinen Fall, dass ihre Partei eine Listenverbindung mit der SVP eingeht. Umgekehrt stören sich deutlich weniger SVP-Wählende (13%) an einer Listenverbindung mit der FDP. Aus Sicht der FDP-Wählenden erscheinen Listenverbindungen mit der GLP als weniger problematisch als mit der SVP.

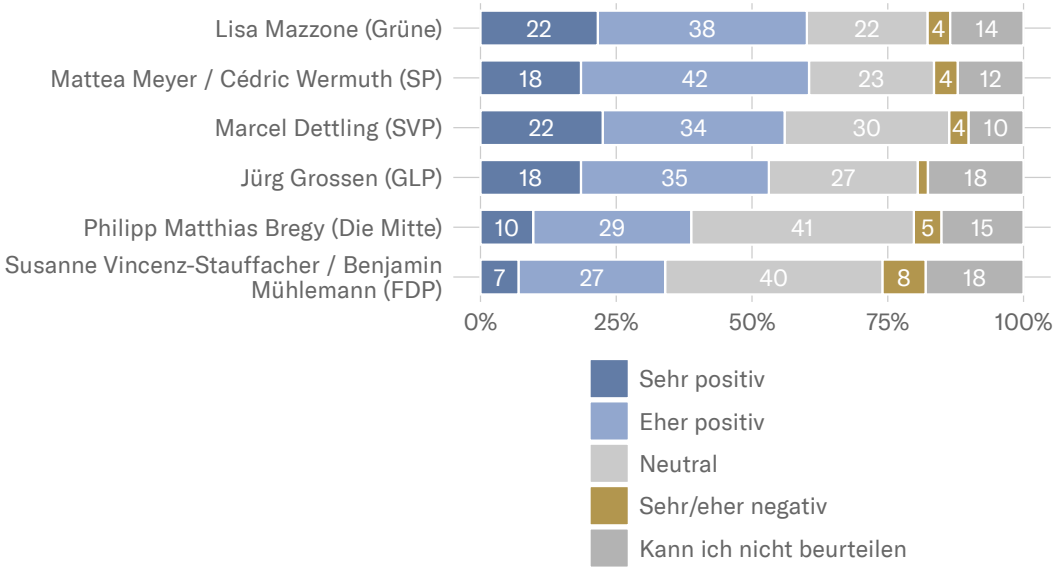
1.3 PARTEIEN: PRÄSIDIEN UND AUSRICHTUNG

Für die Parteien sind ihre Präsidentinnen und Präsidenten wichtige Aushängeschilder. Wir interessieren uns für die Einschätzung durch die eigene Basis. Wie viele Wählende gehen davon aus, dass das Präsidium ihrer präferierten Partei einen positiven Einfluss auf den Wahlausgang hat? Die Basis der linken Parteien

bewertet die Arbeit der Parteispitzen ihrer jeweiligen Parteien besonders positiv. Je 60 Prozent der Wählenden der SP und der Grünen sehen einen positiven Effekt auf die Wahlchancen durch ihre Präsidien. Dabei ist der Anteil, der einen sehr positiven Einfluss wahrnimmt, bei Lisa Mazzone von den Grünen noch ein wenig grösser als beim SP-Duo Mattea Meyer und Cédric Wermuth.

Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei (Abb. 6)

«Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der [Partei]-Präsident:in [Name] auf das Abschneiden der [Partei]?»



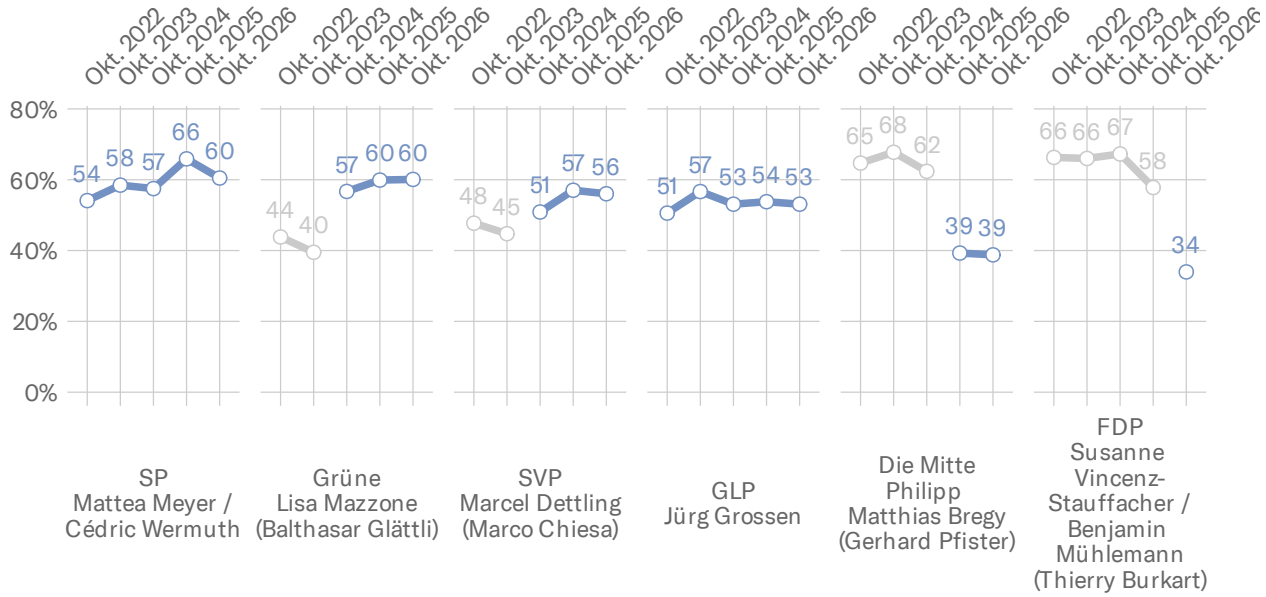
Das Gegenstück zu den linken Parteien bilden die bürgerlichen Traditionsparteien FDP und Mitte. Nur eine Minderheit sieht hier einen positiven Einfluss der Parteispitzen auf das Wahlergebnis. Nicht verbessert hat sich die Einschätzung von Philipp Matthias Bregy, der im Vorjahr als neuer Präsident der Mitte erstmals in die Befragung aufgenommen wurde. 39 Prozent schreiben ihm einen positiven Einfluss auf das Abschneiden der Partei zu. Dennoch hat sich seine Position im Gefüge verbessert. Das neue Führungsduo der direkten Konkurrenz um Platz drei in der Wählergunst wird nämlich noch weniger positiv eingeschätzt. Nur 34 Prozent der Wählenden der FDP sind der Ansicht, dass sich die Arbeit von Benjamin Mühlemann und Susanne Vincenz-Stauffacher positiv auf die Wahlchancen auswirkt. Auffallend ist, dass die Wählerbasen der

beiden Parteien, die gemäss aktueller Wahlabsicht am stärksten Wähleranteile einbüssen, am wenigsten zufrieden mit ihren jeweiligen Parteipräsidien sind.

Beim Betrachten des Zeitvergleichs wird klar, dass sich mit den Wechseln an der Spitze der bürgerlichen Traditionsparteien FDP und Mitte deren Einschätzung bei der Basis markant verändert hat (Abb. 7). Bereits vor einem Jahr hat sich gezeigt, dass das neue Präsidium der Mitte nicht an den positiven Einfluss, der dem früheren Präsidenten Gerhard Pfister zugeschrieben wurde, anknüpfen kann. Offensichtlich ergeht es nun der neuen FDP-Spitze ebenso: Sie bleibt deutlich hinter der Bewertung ihres Vorgängers Thierry Burkart zurück.

Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei – Zeitverlauf (Abb. 7)

«Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der [Partei]-Präsident:in [Name] auf das Abschneiden der [Partei]?» – dargestellt ist der Anteil, der «Sehr positiv» oder «Eher positiv» geantwortet hat

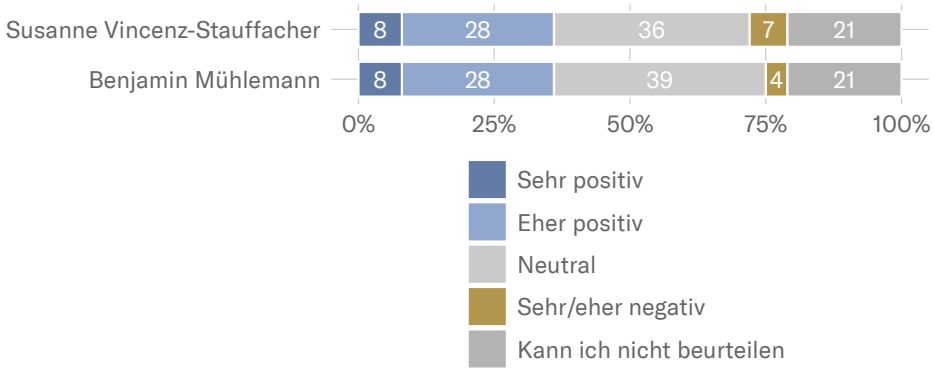


Innerhalb des Co-Präsidiums der FDP ist der Unterschied in der Bewertung durch die Parteibasis nur gering (Abb. 8). Was den positiv wahrgenommenen Einfluss angeht, zeigen sich keinerlei Unterschiede zwischen beiden Personen. Während aber der Einfluss von Benjamin Mühlemann von einem um drei Prozentpunkte höheren Anteil als neutral betrachtet wird, ist der Anteil derjenigen, die den Einfluss auf den Erfolg der FDP durch Susan-

ne Vincenz-Stauffacher als negativ bewerten, um drei Prozentpunkte höher.

Einfluss des FDP-Co-Präsidiums (Abb. 8)

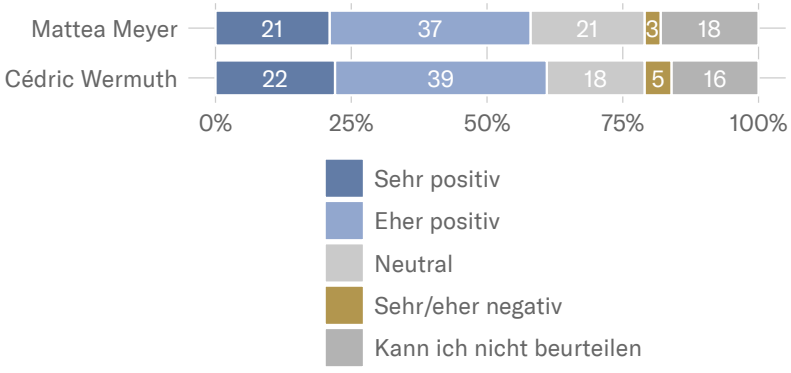
«Wie beurteilen Sie den Einfluss der einzelnen Mitglieder des Co-Präsidiums auf den Erfolg der FDP?»



Auch die beiden Mitglieder des Co-Präsidiums der SP werden durch die Basis ähnlich gut bewertet, wie Abbildung 9 zeigt. Bei Cédric Wermuth liegt der als positiv wahrgenommene Einfluss leicht höher als bei Mattea Meyer.

Einfluss des SP-Co-Präsidiums (Abb. 9)

«Wie beurteilen Sie den Einfluss der einzelnen Mitglieder des Co-Präsidiums auf den Erfolg der SP?»

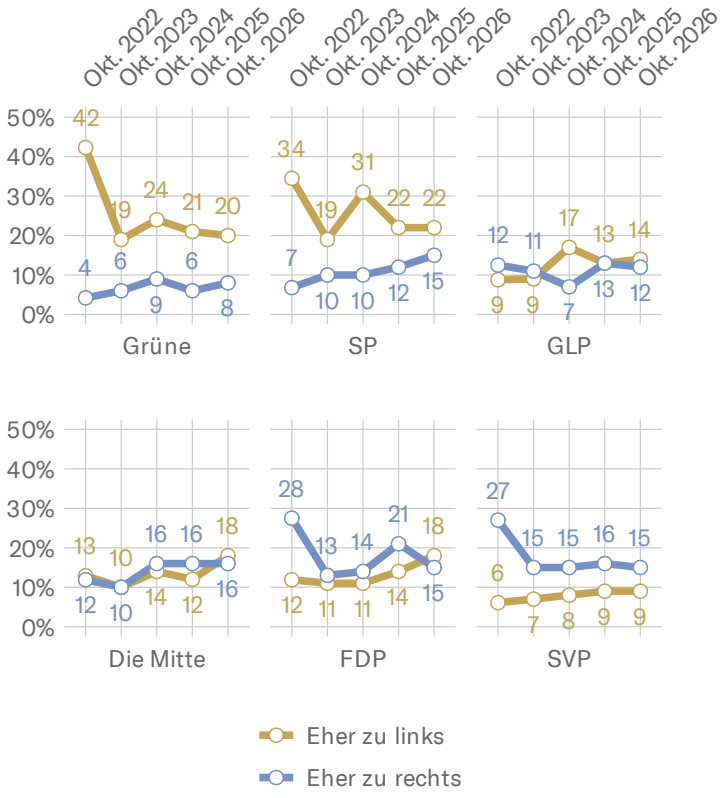


Geht es um die politische Ausrichtung der Parteien durch ihre eigene Basis, zeigt sich sowohl bei der FDP als auch bei der Mitte ein leichter Anstieg von Personen, die ihre Partei als zu links empfinden: Bei der Mitte-Partei geben 18 Prozent der Wählenden an, die Partei sei zu weit links ausgerichtet, gegenüber

12 Prozent letztes Jahr (Abb. 10). Bei der FDP finden ebenfalls 18 Prozent, die Partei sei zu links, 4 Prozentpunkte mehr als letztes Jahr. Zudem ist der Anteil, der die Ausrichtung der Partei als zu rechts einschätzt, von 21 Prozent auf 15 Prozent gesunken. Insgesamt halten sich die Anteile von «zu links» und «zu rechts» bei den Zentrumsparteien in etwa die Waage.

Einschätzung der Ausrichtung der gewählten Partei – Zeitvergleich (Abb. 10)

«Wie schätzen Sie die aktuelle politische Ausrichtung der Partei Ihrer Wahl ein?»



An den Polen des politischen Spektrums wird jeweils eine Richtung klar häufiger genannt: SP und Grüne werden von rund einem Fünftel ihrer Wählerschaft als eher zu links eingeschätzt, gegenüber 8 Prozent der Wählerschaft der Grünen resp. 15 Prozent bei der SP, die sie als zu rechts bewertet. Umgekehrt gibt es in der SVP-Basis mehr Personen, die die Partei als zu rechts betrachten (15%) denn als zu links (9%).

Wichtigste Heraus-forderungen und Themen

Nach dem Hitzesommer 2026 wird der Klimawandel wieder von mehr als einem Drittel als zentrale Herausforderung angesehen. An Dringlichkeit verloren seit den Wahlen 2023 haben dagegen die Zuwanderung sowie die Krankenkassenprämien. Letztere bleiben jedoch trotz Rückgang aus Sicht der Wählenden die Top-Herausforderung.

2.1 WICHTIGSTE POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

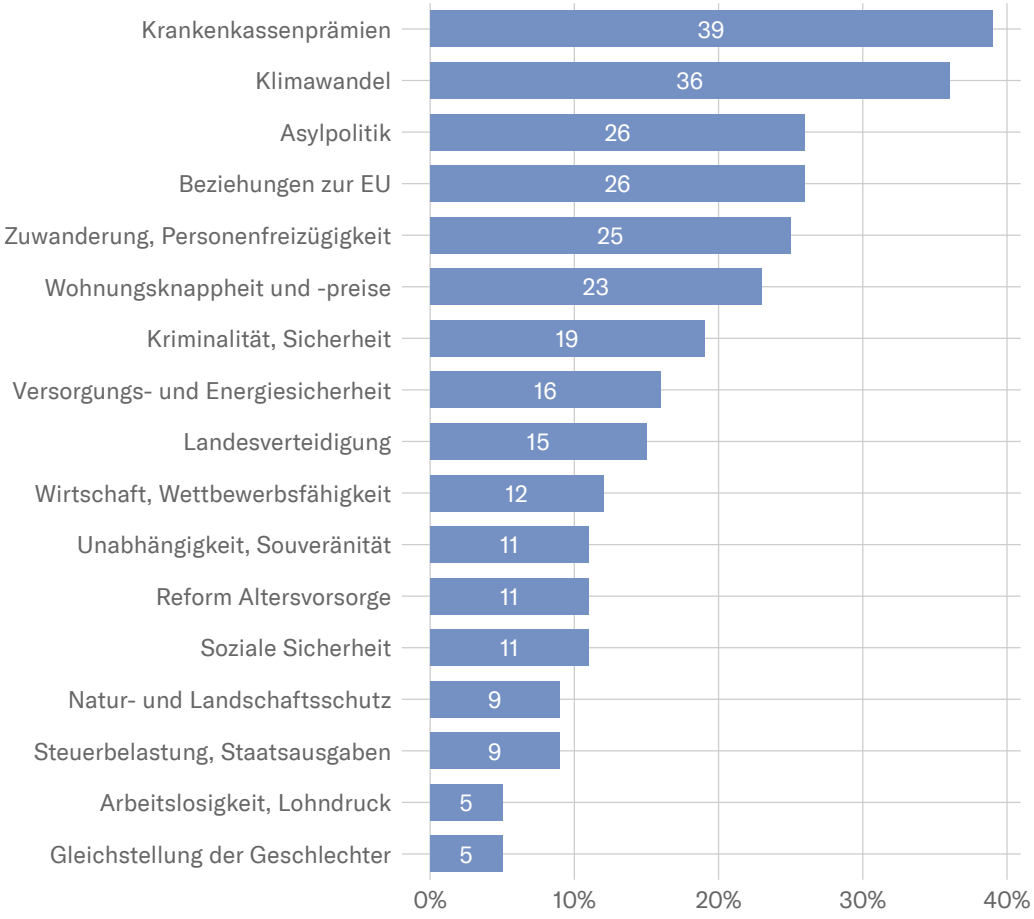
Was sind aus Sicht der Wählenden derzeit die grössten politischen Herausforderungen der Schweiz? Die Befragten konnten aus einer Liste von 17 möglichen Herausforderungen bis zu drei auswählen. Diese Priorisierung erlaubt es, zu zeigen, welche Themen für die Wählenden im Vergleich zu anderen Herausforderungen besonders wichtig sind.

Wie Abbildung 11 zeigt, ragen aktuell zwei Themen heraus. Für 39 Prozent stellt die Prämienlast eine der drei zentralen politi-

schen Herausforderungen dar. Nur wenig dahinter folgt der Klimawandel, der für 36 Prozent der Befragten eine zentrale Herausforderung darstellt. Hinter diesen beiden Topthemen folgt eine Gruppe von vier Themen, die je von rund einem Viertel genannt werden. Dazu gehören die Asylpolitik, die Beziehungen zur EU sowie die Zuwanderung. Ebenfalls zu dieser Gruppe aufgeschlossen hat die Wohnungspolitik.

Politische Herausforderungen (Abb. 11)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land?» (Maximal drei Antworten)



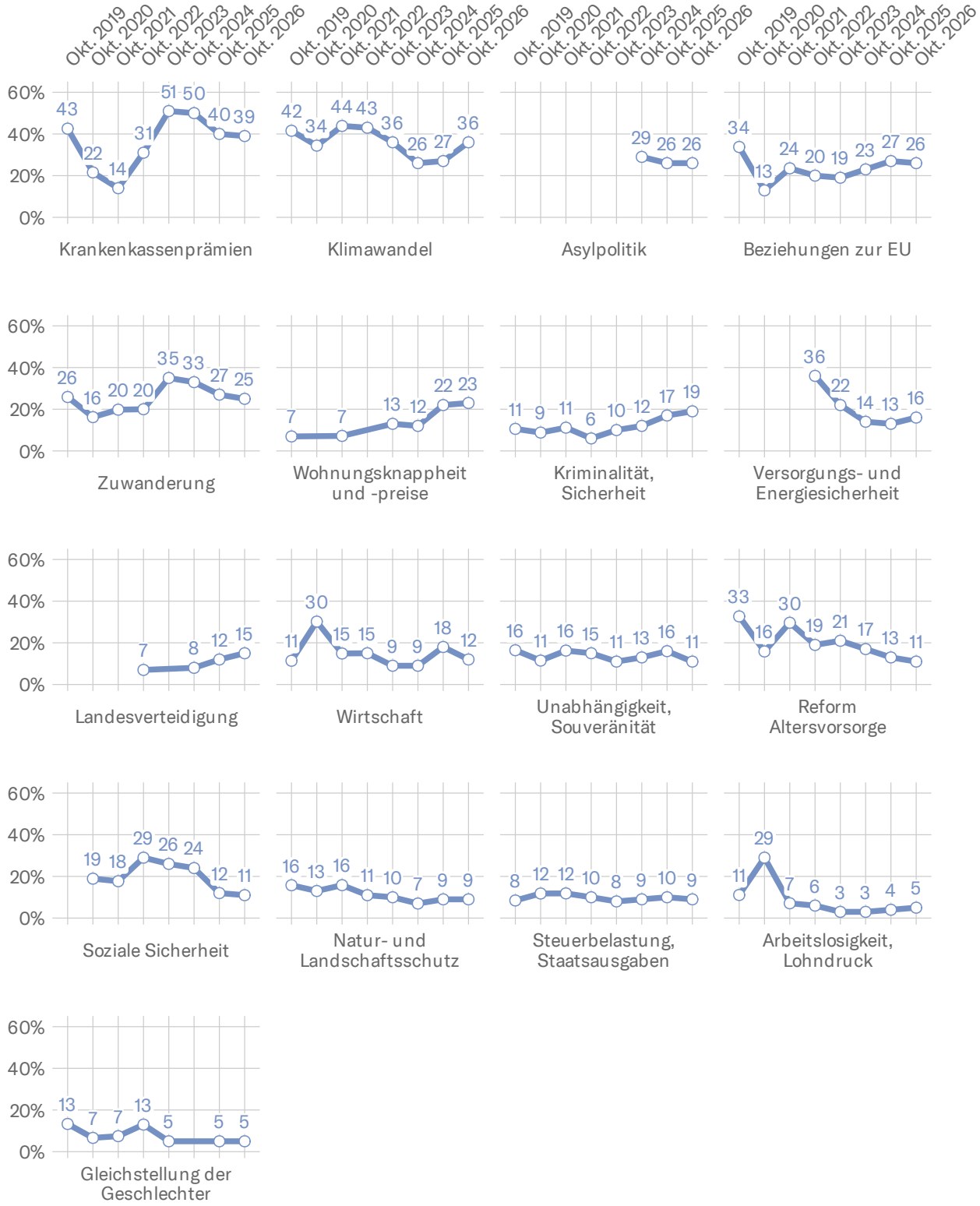
Wie Abbildung 12 zeigt, hat sich der Hitzesommer auf die Problemwahrnehmung der Schweizer Stimmbevölkerung ausgewirkt. Der Anteil, der den Klimawandel als zentrale politische Herausforderung der Schweiz einschätzt, ist innerhalb eines Jahres um 9 Prozentpunkte gestiegen. Es stellt sich somit die Frage, warum die Grünen und die GLP nicht stärker von dieser

Themenkonjunktur profitieren. Eine Antwort liefert die Zeitreihe. Mit 36 Prozent Nennungen wird aktuell erst das Niveau des Wahljahrs 2023 erreicht. Auf dem Höhepunkt der grünen Welle bei den Wahlen 2019 hatten 42 Prozent den Klimawandel als zentrale Herausforderung genannt. Der Hitzesommer trägt aktuell also vor allem dazu bei, dass die ökologischen Parteien aus ihrem Wellental herausfinden. Eine neue grüne Welle im Stil von 2019 zeichnet sich derzeit aber nicht ab.

Bemerkenswert ist der rückläufige Trend beim Thema Zuwanderung, der seit den letzten Wahlen anhält. Während dieser Themenbereich 2023 noch für 35 Prozent eine zentrale Herausforderung darstellte, tut er dies heute nur noch für 25 Prozent. Dies zeigt: Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» hat zwar die Debatten dominiert, aber zu keiner Trendwende geführt. Die Asylpolitik ist mittlerweile das Thema mit den drittmeisten Nennungen (zusammen mit den Beziehungen zur EU), ohne jedoch selbst an Nennungen dazugewonnen zu haben: Sowohl 2025 als auch 2026 nannten 26 Prozent sie als eine der grössten Herausforderungen. Fortlaufend an Bedeutung hat in den letzten Jahren das Thema Kriminalität gewonnen. 2023 wurde es von 10 Prozent genannt, heute ist es für 19 Prozent ein Top-3-Thema.

Politische Herausforderungen – Zeitvergleich (Abb. 12)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land?» (Maximal drei Antworten)



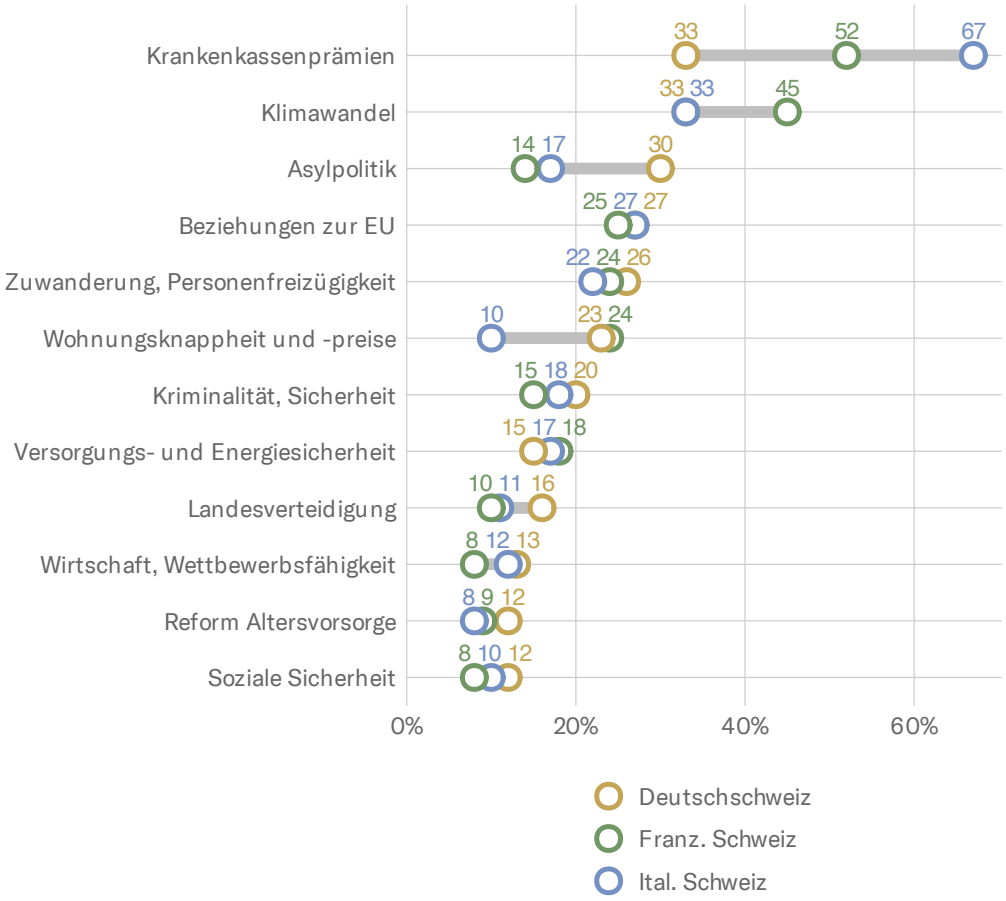
Die anstehende Weichenstellung in der Europapolitik wirkt sich aktuell nicht allzu stark auf die Problemwahrnehmung der Wählenden aus. Zwar werden die Beziehungen zur EU häufiger genannt als noch im Wahljahr 2023 (+7 Prozentpunkte). Nicht verstärkt hat sich jedoch die Sorge der Wählenden um Unabhängigkeit/Souveränität der Schweiz. Dieses Thema ist nur für 11 Prozent der Wählenden eine Top-Priorität. Ob Souveränität oder Zuwanderung – die aktuelle Themenkonjunktur spricht nicht in jeder Hinsicht für die SVP. Ihr aktueller Höhenflug lässt sich deshalb wohl nicht allein auf das thematische Umfeld zurückführen.

Langfristige Veränderungen zeigen sich beim Wohnungsthema. Anfang der 2020er Jahre war dieses für weniger als 10 Prozent eine Top-Priorität. Mittlerweile ist dieser Wert auf 23 Prozent angestiegen. Neben den Prämien sind die Wohnkosten zur zentralen sozialen Herausforderung geworden. Ein zweiter Themenbereich, der kontinuierlich an Bedeutung gewonnen hat, ist die Landesverteidigung. Selbst nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine zählten diese nur 7 Prozent zu den Top-Prioritäten. Mittlerweile tun dies immerhin 15 Prozent. Die Entwicklung der Wahrnehmung der Wohnungspolitik und der Landesverteidigung zeigt, dass es lange dauern kann, bis ein medial heiss diskutiertes Thema in den Fokus der Wahrnehmung der Wählenden rückt.

Die Einschätzung der wichtigsten Herausforderungen unterscheidet sich teilweise deutlich zwischen den Sprachregionen (Abb. 13). Das Thema der Krankenkassenprämien ist zwar überall an erster Stelle, in der italienischsprachigen Schweiz überragt es jedoch alles andere deutlich. Für zwei Drittel sind dort die Krankenkassenprämien eines der drei Top-Themen. In der französischsprachigen Schweiz gehören die Prämien für gut die Hälfte zu den wichtigsten Herausforderungen, in der Deutschschweiz dagegen nur für einen Drittel.

Politische Herausforderungen – nach Sprachregion (Abb. 13)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land?» (Maximal drei Antworten)



In der Deutschschweiz wird der Klimawandel als ebenso wichtig eingeschätzt wie die Krankenkassenprämien: Je 33 Prozent zählen sie zu den Top-3-Herausforderungen. Gleich hoch ist der Klima-Anteil in der italienischsprachigen Schweiz, in der Romandie sind es sogar 45 Prozent.

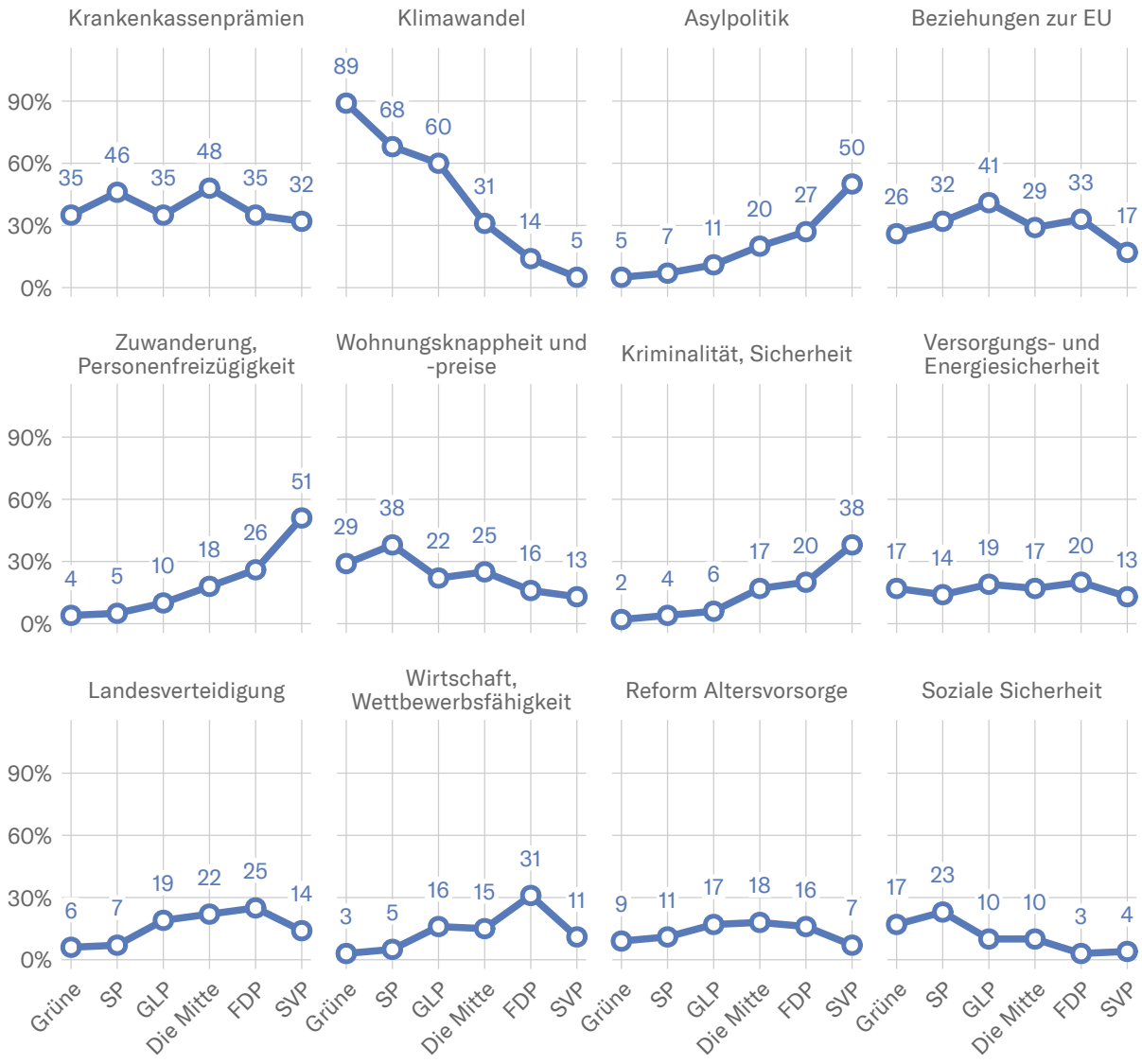
Die Asylpolitik wird in der Deutschschweiz (30%) als deutlich grösseres Problem wahrgenommen als im französischsprachigen (14%) und im italienischsprachigen Landesteil (17%). Letzterer sieht auch die Wohnungsknappheit (10%) als deutlich geringeres Problem als die restliche Schweiz.

2.2 HERAUSFORDERUNGEN – WAHRNEHMUNG DURCH WÄHLERBASIS

Abbildung 14 zeigt die wichtigsten Herausforderungen aus Sicht der Wählenden der sechs grössten Parteien. Bei keinem Thema unterscheidet sich dabei die Einschätzung derart stark zwischen links und rechts wie beim Klimathema. Für 89 Prozent der Grünen-Wählenden gehört das Klima zu den wichtigsten Herausforderungen für die Schweiz, jedoch nur für 5 Prozent der Wählenden der SVP. Nicht ganz so stark, aber dennoch sehr ausgeprägt, ist die Polarisierung in der Wahrnehmung der Migration (Zuwanderung und Asyl) und der Kriminalität, die im rechten Lager häufiger als grosse Herausforderung eingestuft werden. Andere Themen werden dagegen in vielen Parteianhängerschaften ähnlich häufig als grosse Herausforderung wahrgenommen, beispielsweise die Krankenkassenprämien oder die Versorgungs- und Energiesicherheit.

Politische Herausforderungen – nach Wahlabsicht (Abb. 14)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land?» (Maximal drei Antworten)

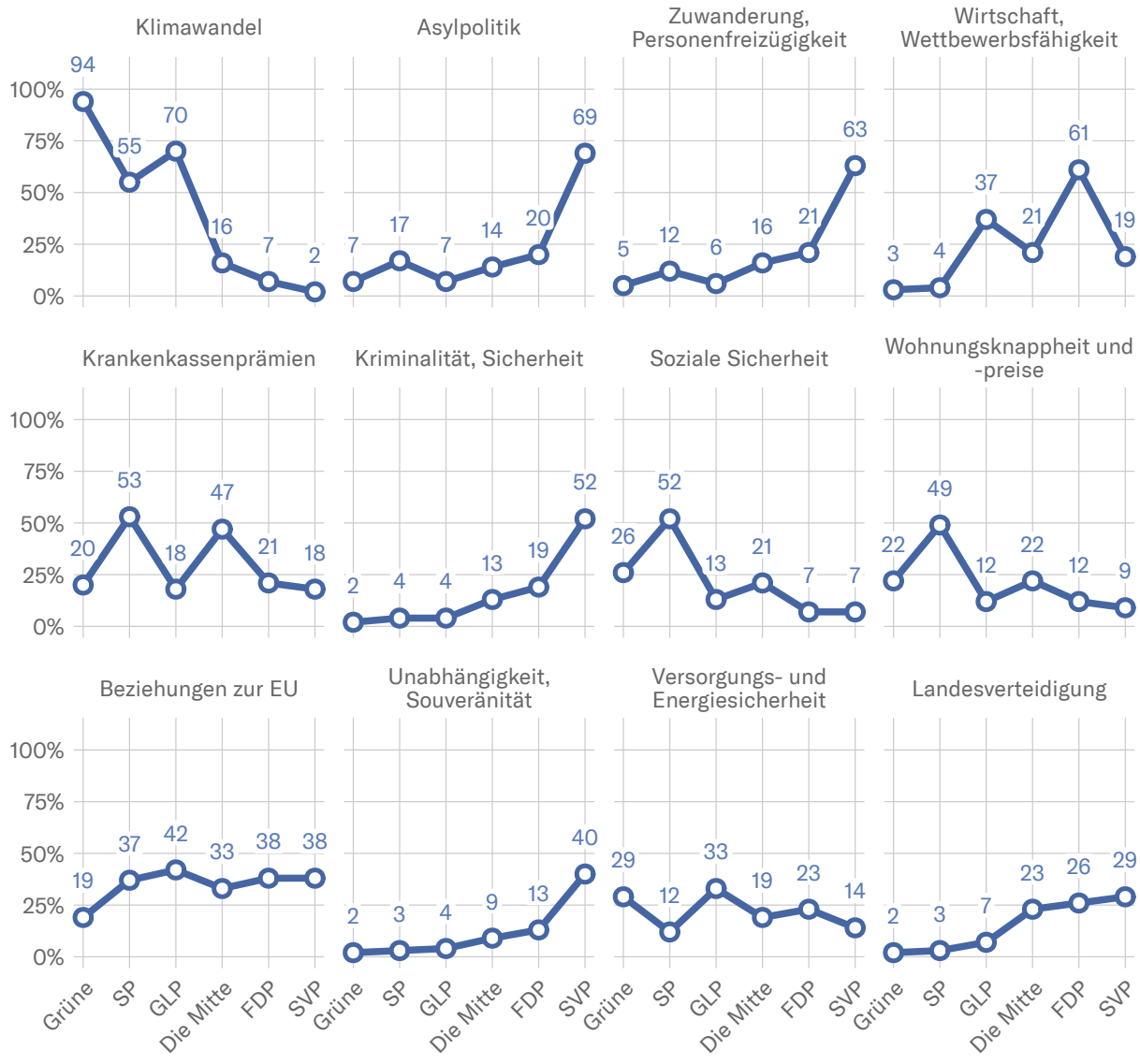


Im Anschluss an die Frage nach den wichtigsten politischen Herausforderungen für die Schweiz haben wir in einem zweiten Schritt die Themen erfragt, die für den Entscheid der Befragten zugunsten der Partei, die sie voraussichtlich wählen werden, besonders wichtig sind. Wie Abbildung 15 zeigt, sind für die SVP-Wählenden vor allem die Themen Asyl, Zuwanderung, Kriminalität und Unabhängigkeit bei ihrer Entscheidung für

die Partei ausschlaggebend. Bei der SP steht der Klimawandel knapp an erster Stelle, noch vor den klassischen sozialen Themen Krankenkassenprämien, Soziale Sicherheit und Wohnungsknappheit.

Wichtigste Themen für die Wahl der Partei (Abb. 15)

«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihre aktuelle Parteipräferenz ([Partei])?»



Bei FDP-Wählenden ist das Thema Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit (61%) deutlich am häufigsten ausschlaggebend für ihren Wahlentscheid. Noch klarer ist das ausschlaggeben-

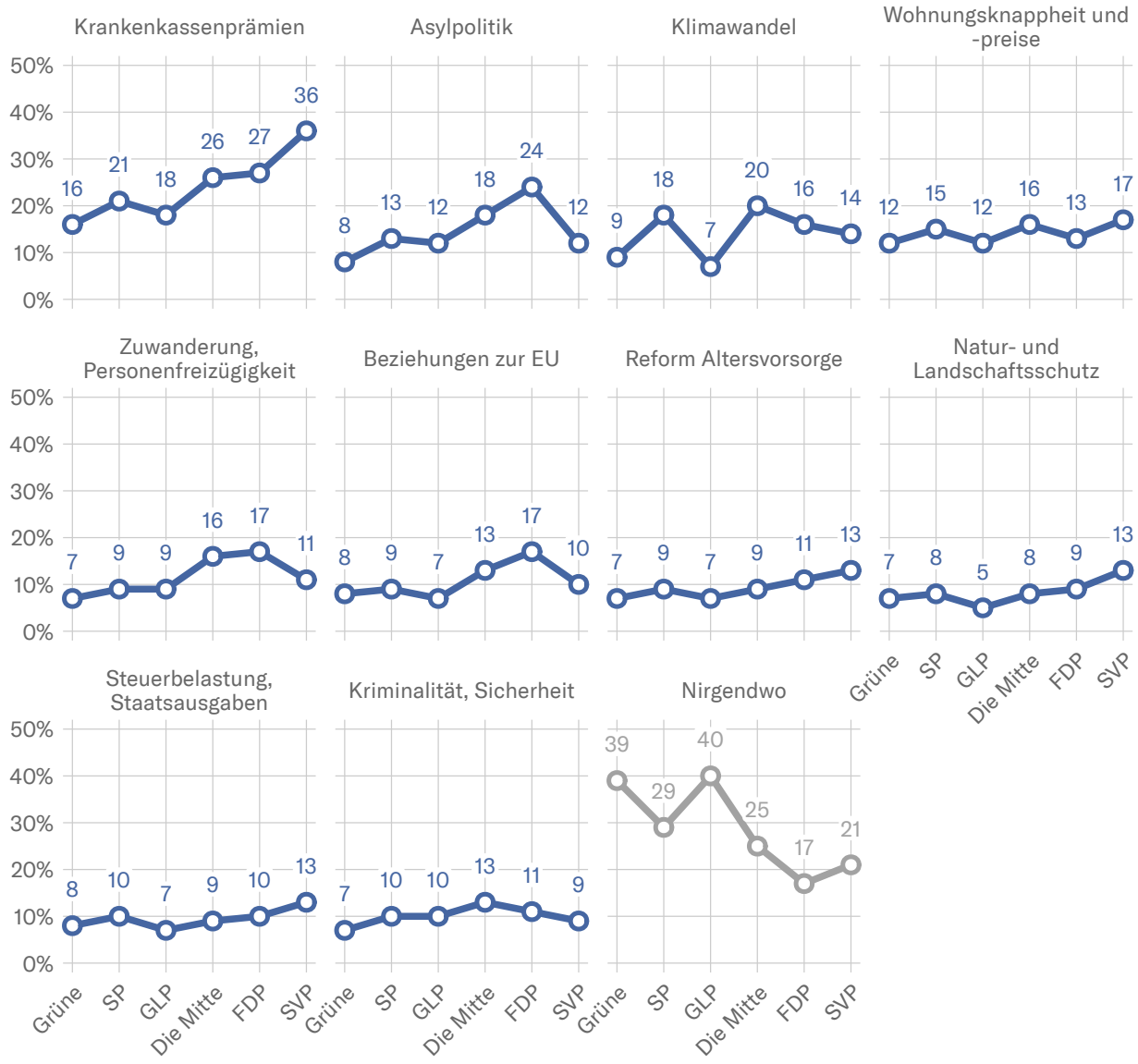
de Thema bei den Grünen und der GLP: Bei 94 Prozent der Grünen-Wählenden und 70 Prozent der GLP-Wählerschaft gab das Thema Klimawandel den Ausschlag.

Diffuser ist dagegen das inhaltliche Profil der Mitte. Ihre Basis nennt vor allem die Krankenkassenprämien (47%) überdurchschnittlich häufig als Grund für ihren Wahlentscheid. Damit hat die Mitte als einzige Partei kein Thema, das für mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft ein ausschlaggebender Grund war, sie zu wählen. Das dürfte damit zusammenhängen, dass die Mitte häufiger als andere Parteien eher für ihren Politikstil gewählt wird als für ihre inhaltlichen Positionen.

Bei welchen Themen sind die Wählenden unzufrieden mit der Partei, für die sie sich aktuell entscheiden? Abbildung 16 zeigt, dass alle Parteianhängerschaften beim Thema Krankenkassenprämien mit ihrer Partei am unzufriedensten sind. Besonders gross ist die Unzufriedenheit bei der SVP-Basis. Mehr als ein Drittel der Befragten, die die SVP wählen wollen, ist mit deren Prämienpolitik unzufrieden. Auffällig hoch ist der Anteil der Unzufriedenen bei der FDP bei den Themen Asylpolitik, Zuwanderung und Beziehungen zur EU. Bei den Mitte-Wählenden sind besonders viele beim Thema Klimawandel unzufrieden.

Unzufriedenheit mit Partei (Abb. 16)

«Bei welchen Herausforderungen sind Sie am wenigsten zufrieden mit dem Kurs der Partei, die Sie aktuell wählen würden?»



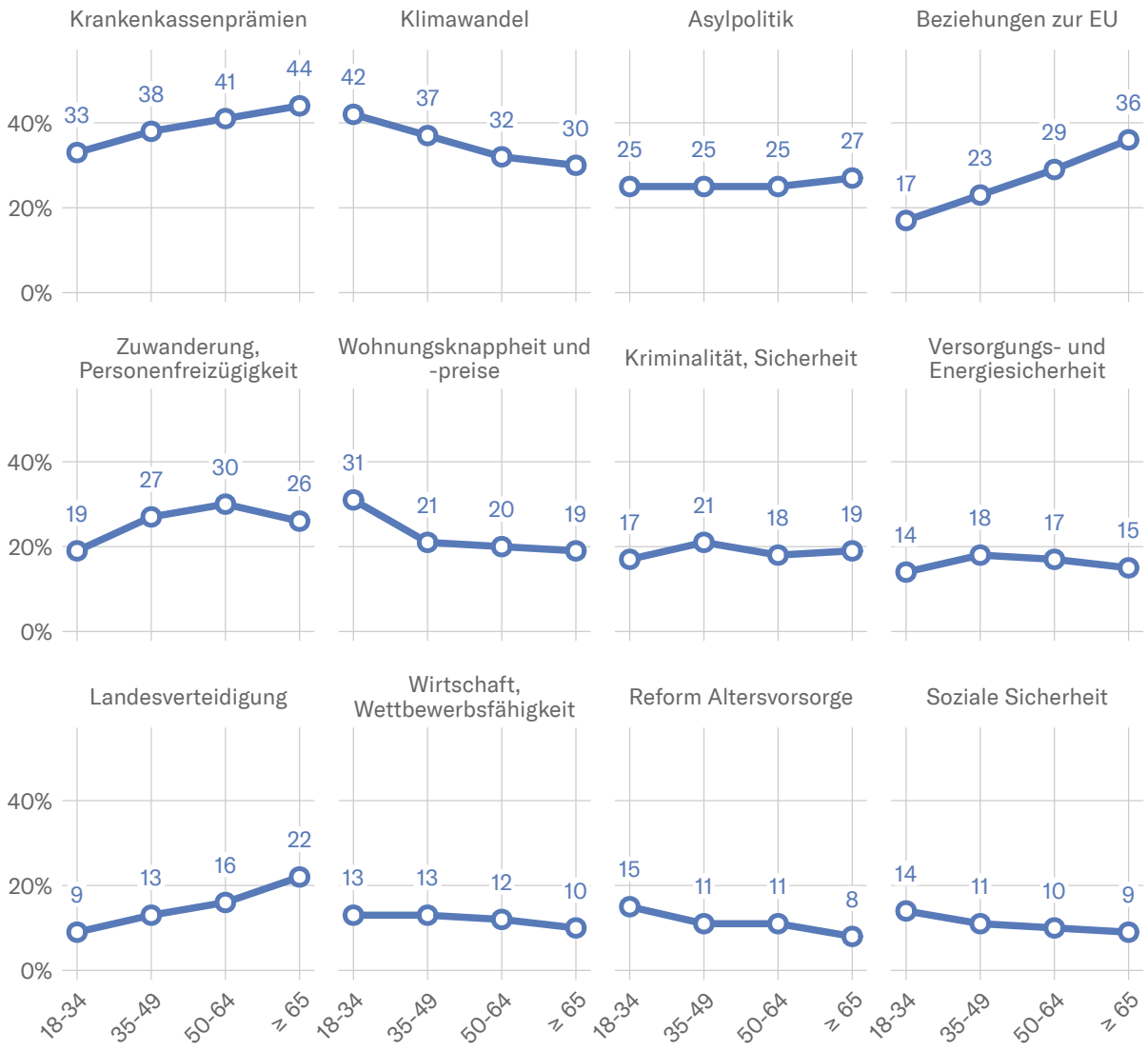
Insgesamt sind nur 17 Prozent der Wählenden der FDP und 21 Prozent der SVP-Wählerschaft bei allen Themen zufrieden mit der Politik ihrer Partei. Am wenigsten Unzufriedene gibt es bei der GLP und den Grünen.

2.3 HERAUSFORDERUNGEN – SOZIODEMOGRAFIE

Die Wahrnehmung der wichtigsten Herausforderungen unterscheidet sich in verschiedenen Bereichen klar zwischen den Altersgruppen (Abb. 17). In der Altersgruppe der unter 35-Jährigen wird der Klimawandel als grösste Herausforderung wahrgenommen. Sie bewerten zudem überdurchschnittlich häufig die Wohnungsknappheit und -preise als eine der wichtigsten Herausforderungen. Umgekehrt werden insbesondere die Themen Krankenkassenprämien, Beziehungen zur EU und Landesverteidigung bei älteren Personen als klar grössere Herausforderung eingestuft.

Politische Herausforderungen – nach Altersgruppen (Abb. 17)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land?» (Maximal drei Antworten)

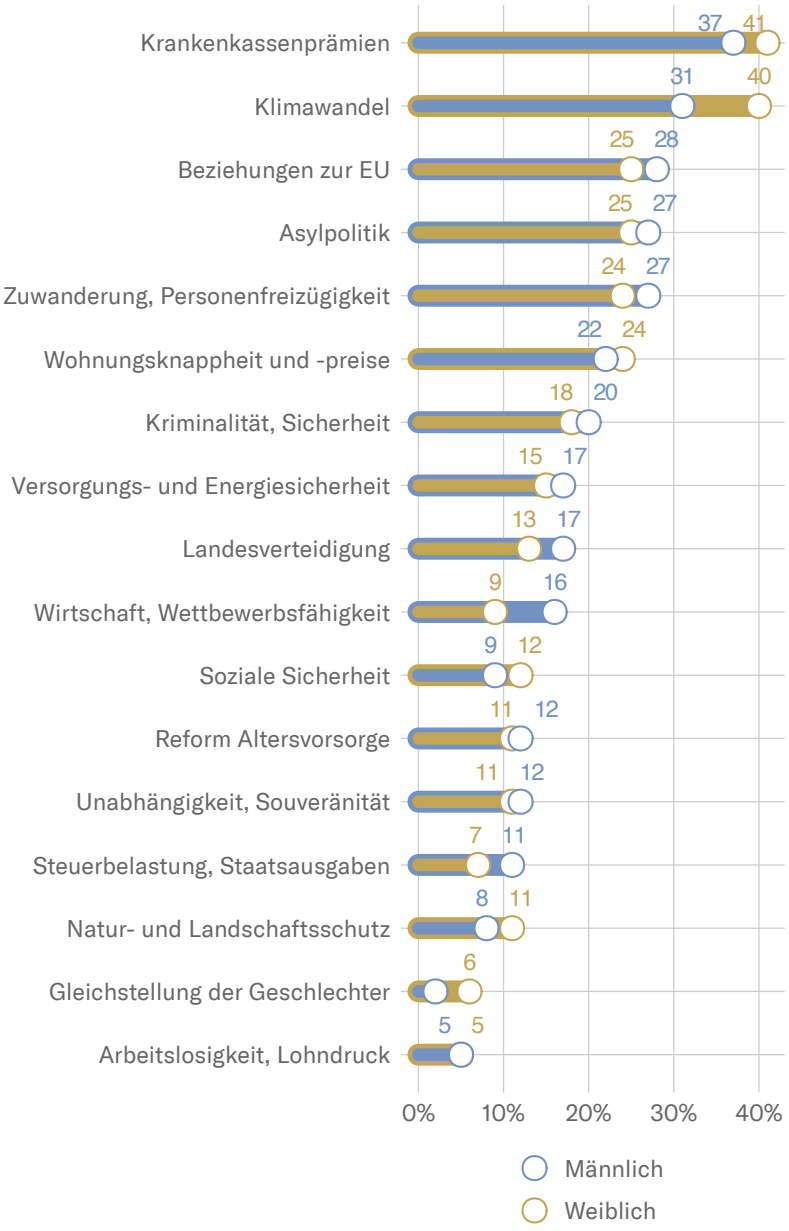


Zwischen den Geschlechtern zeigt sich insbesondere ein Unterschied: Frauen bewerten den Klimawandel häufiger als grosse Herausforderung als Männer (Abb. 18). Ansonsten zeigen sich keine markanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Frauen bewerten etwas häufiger die Krankenkassenprämien als grosse Herausforderung, Männer umgekehrt die Themen Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit, Steuerbelastung sowie

die Landesverteidigung. Bei den übrigen Themen betragen die Unterschiede weniger als vier Prozentpunkte.

Politische Herausforderungen – nach Geschlecht (Abb. 18)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land?» (Maximal drei Antworten)

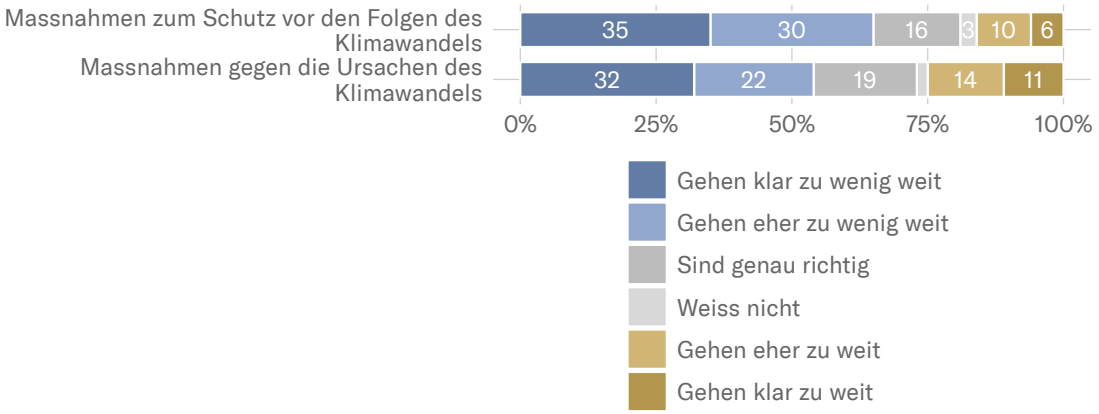


2.4 AKTUELLE THEMEN

Neben den allgemeinen Herausforderungen werden im Wahlbarometer jeweils einige aktuelle Themen untersucht. Nach dem Rekordsommer 2026 stellt die Klimapolitik ein solches Thema dar. Neben dem klassischen Klimaschutz ist im Verlauf dieses Sommers auch die Klimaanpassung in den Fokus der Politik gerückt. Wir wollten deshalb wissen, wie die aktuellen Massnahmen der Schweizer Politik in diesen beiden Teilbereichen eingeschätzt werden. Die Befragung zeigt, dass eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent der Ansicht ist, es brauche in der Schweiz mehr Massnahmen zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels (Abb. 19).

Beurteilung der Klimamassnahmen (Abb. 19)

«Wie beurteilen Sie die bisherigen Massnahmen der Schweizer Politik beim Klimaschutz?»



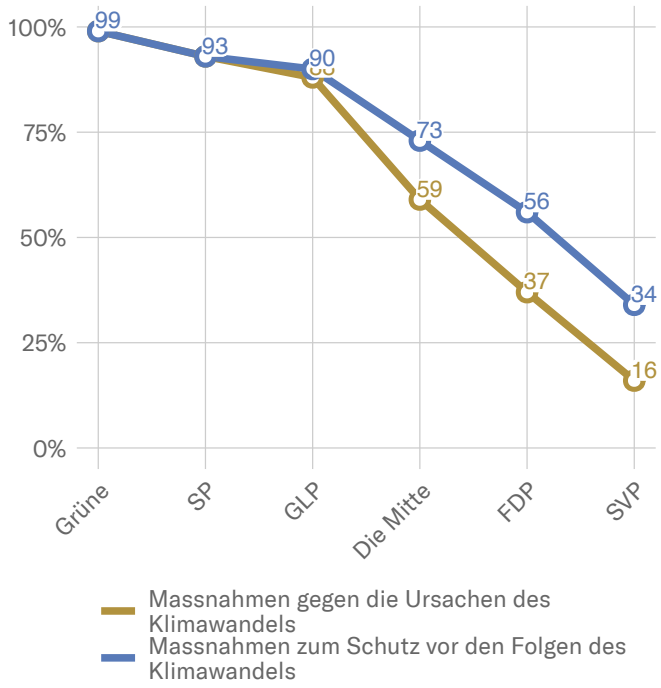
Die Notwendigkeit von mehr Klimaanpassung ist demnach heute ein breit abgestütztes Anliegen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Stimmbevölkerung die Ursachenbekämpfung abgeschrieben hat. Eine weitere Reduktion des Ausstosses von Klimagasen wird von einer Mehrheit von 54 Prozent unterstützt.

Von den Wählenden des linken Lagers und der GLP werden beinahe universell zusätzliche Massnahmen gegen die Ursachen des Klimawandels sowie den Schutz vor dessen Folgen gefordert: Fast alle Wählenden der Grünen und rund neun von

zehn Wählenden von SP und GLP finden, bei beiden Bereichen brauche es zusätzliche Massnahmen (Abb. 20).

Beurteilung der Klimamassnahmen als unzureichend – nach Wahlabsicht (Abb. 20)

«Wie beurteilen Sie die bisherigen Massnahmen der Schweizer Politik beim Klimaschutz?» – angezeigt ist der Anteil, der «Gehen klar zu wenig weit» oder «Gehen eher zu wenig weit» geantwortet hat



Bei Mitte, FDP und SVP sind zusätzliche Anpassungsmassnahmen beliebter als weitere Klimaschutzmassnahmen. Die Wählenden der Mitte sind für beide Bereiche mehrheitlich der Ansicht, dass es zusätzliche Massnahmen braucht. Bei der FDP finden hingegen nur zusätzliche Anpassungsmassnahmen eine Mehrheit (56%), während weitere Klimaschutzmassnahmen nur von 37 Prozent gefordert werden. Bei der SVP-Wählerschaft fällt beides klar durch.

Ein zumindest in Bundesbern heiss diskutiertes Thema im Herbst 2026 ist das EU-Vertragspaket und dabei insbesondere die Frage des Abstimmungsmodus. In seinen Beratungen als Erstrat hat sich der Ständerat für ein obligatorisches Referendum mit doppeltem Mehr ausgesprochen (nach dem Abschluss der Erhebung für den Wahlbarometer). Das heisst, dass es für

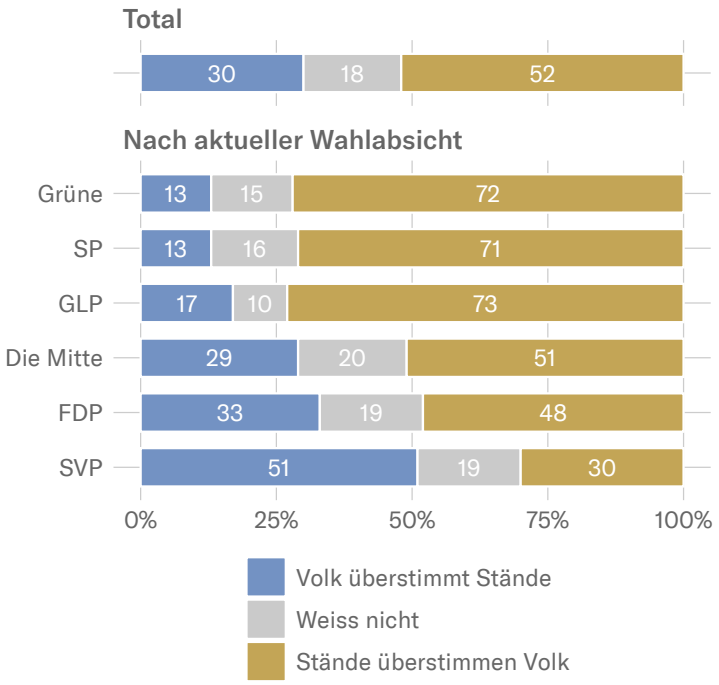
die Annahme der Bilateralen III neben dem Volks- auch ein Ständemehr brauchen würde.

Wie schätzt die Bevölkerung diese Frage ein? Um diese abstrakte, staatspolitische Frage für die Befragten greifbar zu machen, haben wir zunächst nach den konkreten Folgen gefragt. Je nach Abstimmungsmodus besteht das Risiko, dass das Volk von den Ständen oder die Stände vom Volk überstimmt werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die beiden Mehrheiten unterscheiden, ist bei einem knappen Abstimmungsausgang grösser. Dies, weil die Mehrheit der Kantone konservativer tickt als die Mehrheit der Stimmenden. Ein wahrscheinliches Szenario ist die Annahme der Verträge durch das Volk und die Ablehnung durch die Stände. Wird mit einfachem Mehr abgestimmt, würde in diesem Fall die Stimmbevölkerung die Stände überstimmen und das Paket würde angenommen. Wird hingegen mit doppeltem Mehr abgestimmt, würden die Stände das Volk überstimmen und das Paket würde abgelehnt.

Bilaterale III: Welches Abstimmungsszenario ist unfairer? (Abb. 21)

«Der Bundesrat hat mit der EU ein Paket an neuen Verträgen ausgehandelt (teilweise als «Bilaterale III» bezeichnet). Es gibt aktuell eine Debatte darüber, ob eine Volksabstimmung über das neue Vertragspaket zusätzlich zum Volksmehr auch dem Ständemehr unterstellt werden soll. Welchen möglichen Ausgang einer Abstimmung über das neue Vertragspaket empfinden Sie als unfairer?»

Ungekürzte Antwortoptionen: «Eine Mehrheit der Bevölkerung nimmt das Paket an, aber es scheitert trotzdem, weil eine Mehrheit der Stände (Kantone) es ablehnt (bei einer Abstimmung mit Ständemehr)» / «Eine Mehrheit der Stände lehnt das Paket ab, aber es wird trotzdem angenommen, weil eine Mehrheit der Bevölkerung dafür stimmt (bei einer Abstimmung ohne Ständemehr)»



Wie Abbildung 21 zeigt, ist die Einschätzung der Stimmbevölkerung zu diesen zwei Szenarien eindeutig: 30 Prozent fänden es unfairer, wenn das Volk die Stände überstimmen würde. 52 Prozent sind der Ansicht, es wäre unfairer, wenn die Stände das Volk überstimmten. Letzteres Szenario wäre beim Abstimmungsmodus möglich, der vom Ständerat beschlossen wurde.

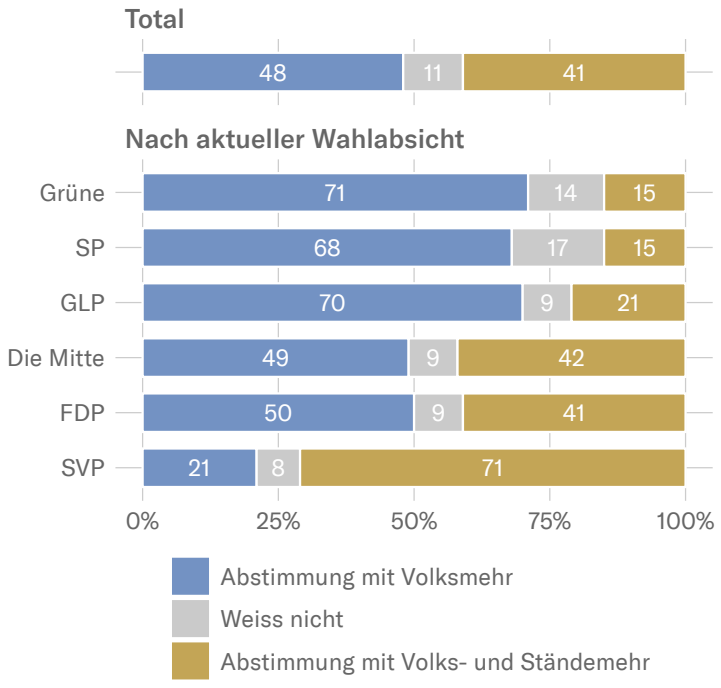
Für eine Mehrheit der Stimmberechtigten steht somit das Volk im Vergleich zu den Ständen bei der Mehrheitsbildung im Vordergrund. Diese Mehrheit fände es unfairer, wenn die Stände den Willen des Volks übersteuern könnten. Sehr gross ist diese Mehrheit bei der Basis von Grünen, SP und GLP. Aber auch bei der Mitte sind es 51 Prozent, die das Überstimmen des Volks durch die Stände als unfairer beurteilen als umgekehrt. Nur 29 Prozent sind der gegenteiligen Meinung. Ähnlich sieht es die Ba-

sis der FDP. Hier steht es 48 zu 33 Prozent. Einzig bei der SVP sind die Verhältnisse umgekehrt. Doch selbst die Basis der Volkspartei steht nicht geschlossen hinter einer Vormacht der Stände. 30 Prozent der SVP-Wählenden fänden es unfairer, wenn bei den Bilateralen III die Stände das Volk überstimmen würden, als wenn die Stände vom Volk überstimmt würden.

Wird auf dieser Grundlage nach dem bevorzugten Abstimmungsmodus gefragt, zeigt sich ein ähnliches Muster. 48 Prozent bevorzugen eine Abstimmung mit einfachem Mehr. 41 Prozent würden eine Abstimmung mit doppeltem Mehr vorziehen. Der Entscheid ist vor allem bei den beiden Parteien der bürgerlichen Mitte enger. Dennoch spricht sich eine relative Mehrheit der Wählenden der Mitte für eine Abstimmung mit einfachem Mehr aus: 49 Prozent bevorzugen diesen Modus, 42 Prozent eine Abstimmung mit Ständemehr.

Bevorzugter Abstimmungsmodus bei den Bilateralen III (Abb. 22)

«Wie sollte Ihrer Meinung nach über das Vertragspaket abgestimmt werden? / Verfechter des alleinigen Volksmehrs (fakultatives Referendum) – darunter der Bundesrat – sind der Ansicht, die Verfassung sehe bei solchen Verträgen dieses Vorgehen vor. Ausserdem könne das obligatorische Referendum dazu führen, dass der Wille der Mehrheit der Bevölkerung durch die Stände überstimmt wird. Verfechter des Ständemehrs (obligatorisches Referendum) sind der Ansicht, dieses sei zwingend angebracht, da das Vertragspaket einen tiefgreifenden Eingriff in die verfassungsmässige Ordnung darstellt.»



Noch etwas deutlicher ist das Bekenntnis der FDP-Wählerbasis zu einer Abstimmung ohne Ständemehr. 50 Prozent wollen dies, während 41 Prozent lieber mit doppeltem Mehr abstimmen würden. Die Auswertung macht das Dilemma der beiden bürgerlichen Traditionsparteien deutlich: Ihre Basis ist in dieser Frage geteilt. Die Antwort auf die Fairnessfrage zeigt jedoch, dass nur rund 30 Prozent der Basis dieser beiden Parteien das Überstimmen der Stände durch das Volk als unfairer einschätzen als das umgekehrte Szenario.

Vertrauen und Bewertung der Akteure

Dieses Kapitel widmet sich dem Vertrauen in die politischen Institutionen und der Einschätzung wichtiger politischer Akteure durch die Stimmbevölkerung. Es zeigt auf, wie die politische Ausrichtung von Bundes-, National- und Ständerat eingeschätzt wird, wie die Mitglieder des Bundesrats bezüglich Einfluss und Sympathie abschneiden und wie die bundesrätliche Aussenpolitik beurteilt wird.

3.1 VERTRAUEN INS POLITISCHE SYSTEM

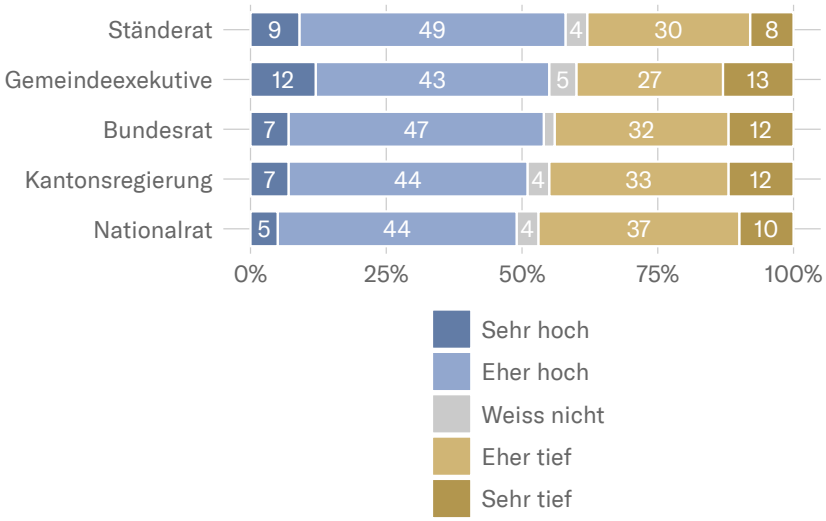
Ein gewisses Grundvertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen eines Landes ist ein wichtiger Pfeiler für das Funktionieren der Demokratie. Abbildung 23 zeigt, dass in der Schweiz etwas über die Hälfte der Bevölkerung den wichtigsten politischen Institutionen des Landes grundsätzlich Vertrauen entgegenbringt.

Von den politischen Institutionen am meisten Vertrauen erhält dabei der Ständerat. 58 Prozent der Befragten äussern ein (eher) hohes Vertrauen in die Kantonskammer, während ihr 38 Prozent ein (eher) tiefes Vertrauen entgegenbringen. Bei den

Gemeindeexekutiven geben 55 Prozent an, ihnen (eher) hohes Vertrauen entgegenzubringen und auch der Bundesrat geniesst bei über der Hälfte der Bevölkerung ein (eher) hohes Vertrauen (54%). Den Kantonsregierungen (51%) sowie dem Nationalrat (49%) wird etwas weniger vertraut.

Institutionenvertrauen (Abb. 23)

«Wie hoch ist Ihr Vertrauen in die folgenden Gremien?»



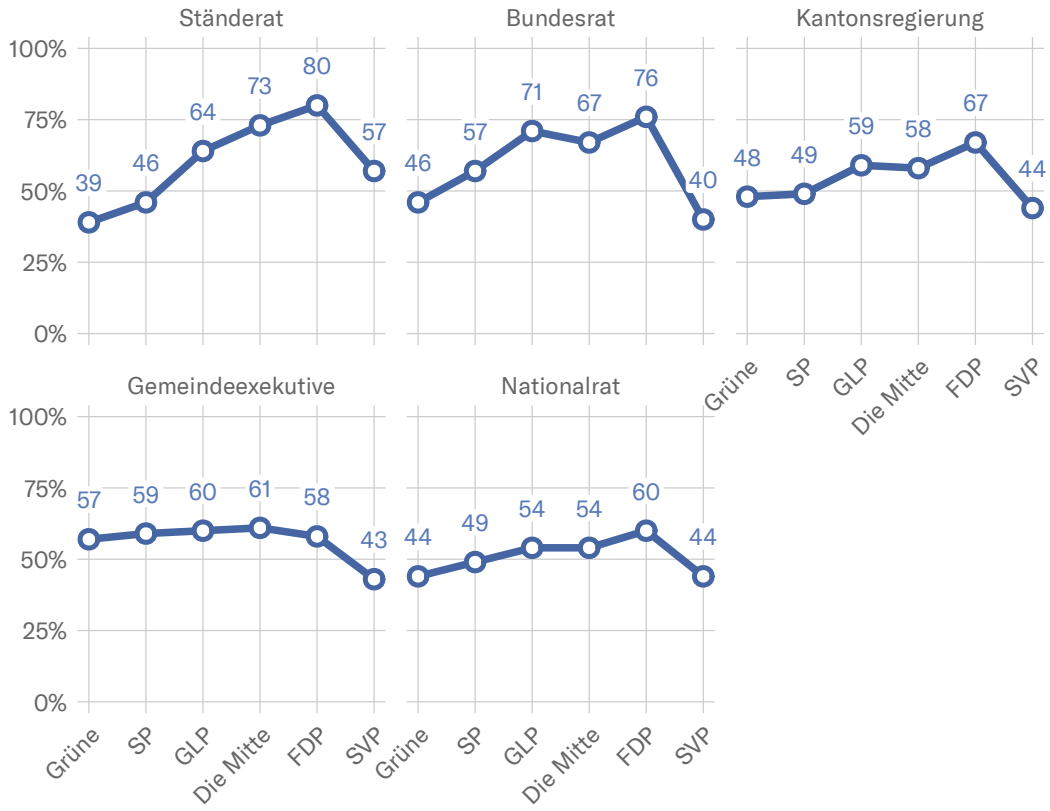
Um dieses Bild einzuordnen, lohnt sich ein Blick auf das Institutionenvertrauen der einzelnen Parteiwählerschaften (Abb. 24). Auffallend ist dabei, dass vor allem die Wählerinnen und Wähler der SVP den Institutionen durchs Band wenig Vertrauen entgegenbringen. Dieses generell geringe Institutionenvertrauen der SVP-Wählenden lässt sich nicht zuletzt damit erklären, dass sich die SVP vor allem auf Bundesebene als Oppositionskraft gegen die politische Elite versteht – obwohl sie selbst auf allen Staatsebenen in der Regierungsverantwortung steht.

Das Vertrauen in die Institutionen liegt aber auch bei den Anhängerinnen und Anhängern der linken Parteien tiefer als bei jenen der Zentrumsparteien und der FDP. Polparteien am linken und rechten Rand nehmen häufiger systemkritische Positionen ein als Zentrumsparteien und ziehen damit auch Wählende an, die dem gesamten politischen System gegenüber eher kritisch eingestellt sind. Zusätzlich kann ihr tieferes Institutionenvertrauen

auch damit erklärt werden, dass die Polparteien bei Mehrheitsentscheidungen häufiger isoliert sind und ihre Positionen seltener Mehrheiten erreichen. Die Zentrumsparteien und die FDP stehen dagegen häufiger auf der Seite der Mehrheit, definieren sich im öffentlichen Diskurs mitunter als staatstragende Kräfte und sprechen auch dadurch mehr Wählende an, die dem System generell vertrauen.

Institutionenvertrauen – nach Wahlabsicht (Abb. 24)

«Wie hoch ist Ihr Vertrauen in die folgenden Gremien?» – dargestellt ist der Anteil, der «Sehr hoch» oder «Eher hoch» geantwortet hat



Bei allen Institutionen ist die SVP-Anhängerschaft diejenige mit dem geringsten Vertrauen. Einzige Ausnahme ist der Ständerat, dem die Wählenden linker Parteien noch weniger vertrauen als die der SVP. Die politische Linke ist in dieser Legislatur im Ständerat zum einen schlechter vertreten als in der vorangehenden (Rückgang von 14 auf 12 Sitze bei den Wahlen 2023, und seither durch Abgänge auf zehn Sitze), zum anderen sind die Positio-

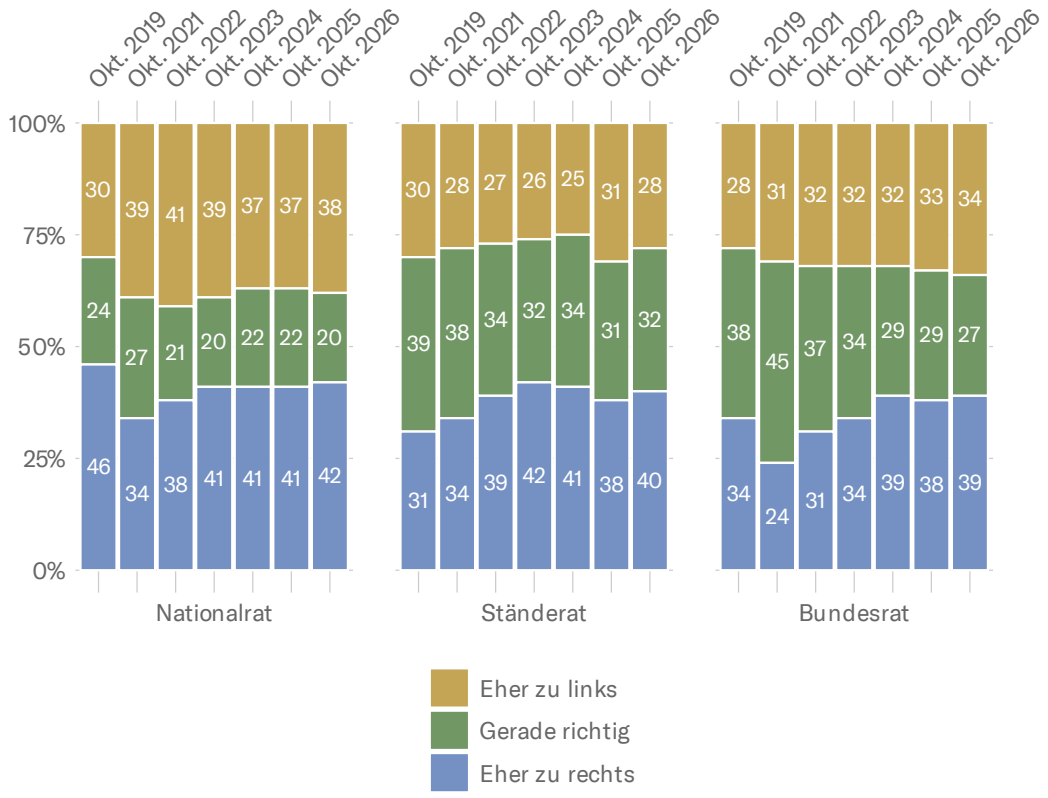
nen der SVP im Ständerat häufiger mehrheitsfähig, was sich beispielsweise jüngst im ständerätlichen Entscheid, für die Bilateralen III neben dem Volksmehr auch ein Ständemehr zu fordern, gezeigt hat.

3.2 POLITISCHE AUSRICHTUNG DER INSTITUTIONEN

Eng mit dem Vertrauen verknüpft ist auch die Bewertung der politischen Ausrichtung der Institutionen. Abbildung 25 zeigt, dass im Herbst 2026 beide Parlamentskammern und auch der Bundesrat am häufigsten als tendenziell zu rechts positioniert eingestuft werden.

Beurteilung der Ausrichtung des Parlaments und der Regierung – Zeitvergleich (Abb. 25)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats/Ständerats/Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



Für den Nationalrat zeigen sich im Vergleich zu den vorangehenden Befragungen in dieser Legislaturperiode kaum Veränderungen. 42 Prozent empfinden ihn als zu rechts, 38 Prozent sind der Ansicht, er stehe zu links. Zufrieden mit seiner Ausrichtung ist lediglich ein Fünftel der Bevölkerung. Dass die Ausrichtung des Nationalrats von einem so geringen Anteil als gerade richtig eingestuft wird, dürfte mit der in der grossen Kammer vorherrschenden Polarisierung zusammenhängen und der starken Vertretung der Polparteien.

Die Einschätzung der Positionierung des Ständerats variiert etwas stärker im Verlauf der Legislaturperiode. Aktuell stufen ihn 40 Prozent als zu rechts ein, für knapp einen Drittel ist er gerade richtig positioniert. Der Anteil derjenigen, die ihn als zu links betrachten, liegt mit 28 Prozent etwas höher als zu Beginn der Legislaturperiode.

Der Anteil der Befragten, der der Ansicht ist, der Bundesrat sei politisch gerade richtig positioniert, ist mit 27 Prozent so tief wie noch nie. Dass nur noch gut ein Viertel mit der politischen Ausrichtung der Landesregierung zufrieden ist, lässt aufhorchen, lag dieser Anteil doch vor allem in der letzten Legislaturperiode sehr viel höher.

Gut ein Drittel beurteilt ihn als zu links, 39 Prozent als zu rechts. Dass der Bundesrat in der aktuellen Legislaturperiode von deutlich mehr Befragten als zu rechts betrachtet wird als früher, hängt wohl vor allem mit dem stärkeren Einfluss zusammen, der den bürgerlichen Bundesräten innerhalb des Gremiums zugeschrieben wird.

3.3 EINFLUSS-RANKING DER BUNDESRATSMITGLIEDER

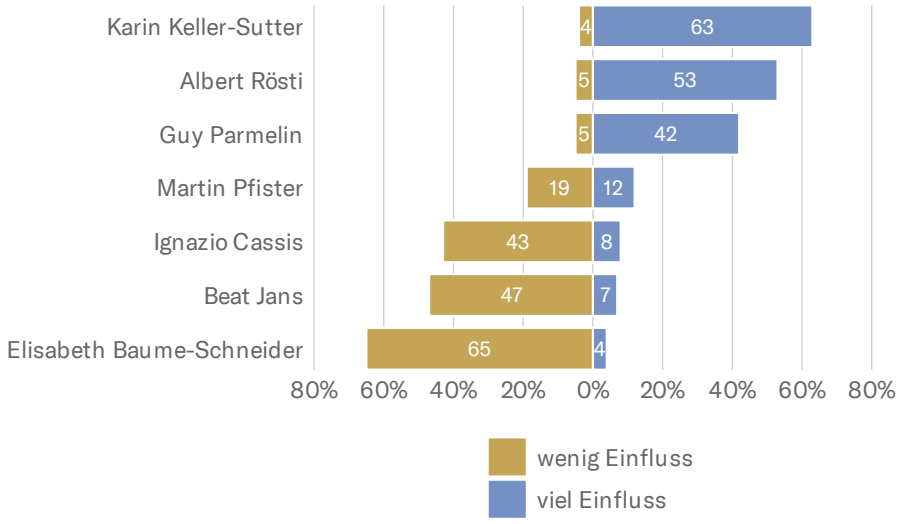
Im Bundesrats-Rating werden die Mitglieder der Landesregierung auf zwei Dimensionen eingeschätzt: Zum einen nach zugeschriebenem Einfluss und zum anderen nach Sympathie.

Die FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter steht nach wie vor klar an der Spitze des Rankings um Einfluss, wie aus Abbildung 26 hervorgeht, auch wenn sie im Vergleich zum Vorjahr an zugeschriebenem Einfluss eingebüsst hat (Abb. 27). Ihren jüngsten Erfolg als Finanzministerin hat sie in der Herbstsession 2026 gefeiert, als ihr der Ständerat bei den Eigenkapitalvorschriften für die UBS gegen den Widerstand der Grossbank gefolgt ist. Entsprechend wird sie auch von praktisch niemandem als einflusslos eingestuft.

Hinter Karin Keller-Sutter steht erneut der SVP-Bundesrat Albert Rösti als zweiteinflussreichstes Mitglied der Landesregierung. Als Vorsteher des UVEK, eines der am breitesten aufgestellten Departemente, war er auch in den letzten zwölf Monaten an zahlreichen Fronten gefordert, darüber hinaus stand er als Umwelt- und Energieminister während der heissen Sommermonate häufig im Rampenlicht. Seine diesbezüglichen Einschätzungen brachten ihm zum einen sehr viel öffentliche Aufmerksamkeit, zum anderen aber auch scharfe Kritik aus dem linksgrünen Lager. Er wird ebenfalls von fast niemandem als einflusslos eingestuft.

Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder (Abb. 26)

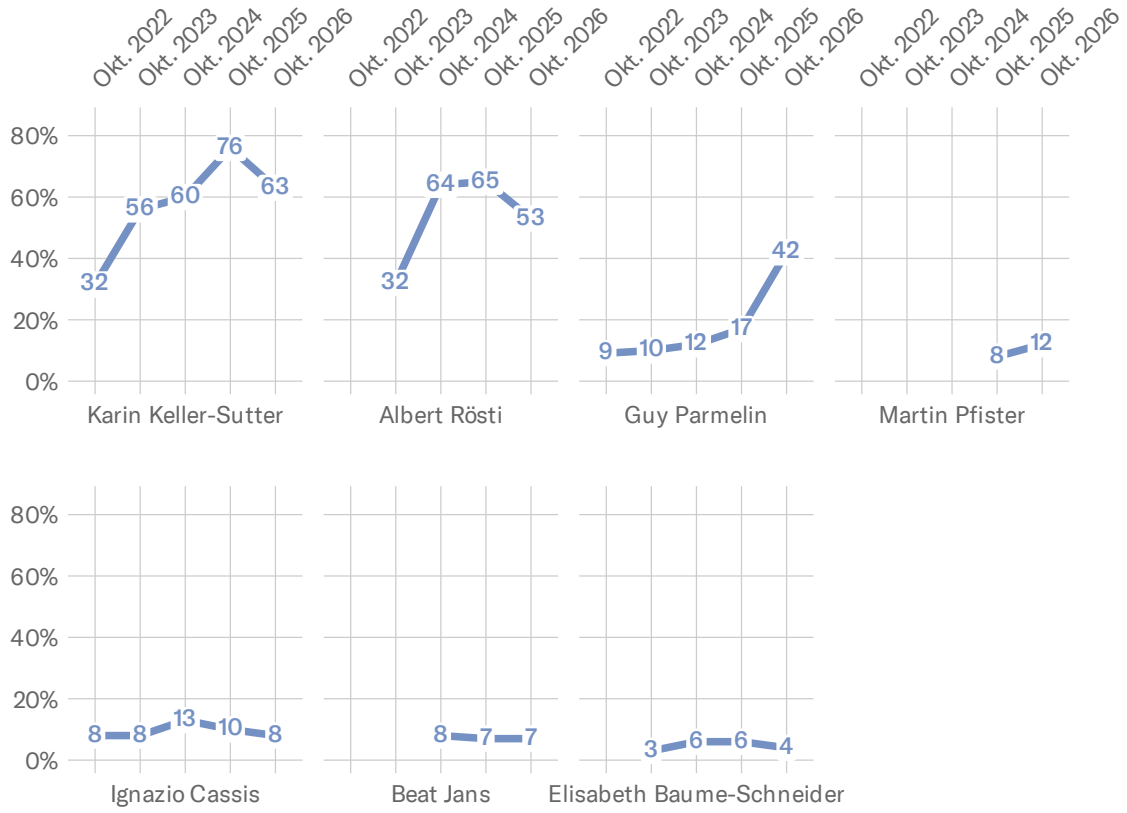
«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» / «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»



Der klare Aufsteiger im Einfluss-Ranking ist der per Ende 2026 aus dem Bundesrat zurücktretende Wirtschaftsminister und aktuelle Bundespräsident Guy Parmelin (Abb. 27). Bereits in der letztjährigen Befragung hatte der SVP-Bundesrat im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die Importzölle, die die USA der Schweiz auferlegt haben, an Sichtbarkeit und wahrgenommenem Einfluss gewonnen. Seither konnte er diesen deutlich ausbauen, zum einen mit Treffen mit dem US-Präsidenten, zum anderen mit dem erfolgreichen Abschluss neuer Freihandelsabkommen. Als Bundespräsident hatte er zudem zahlreiche Repräsentationsauftritte, die ihm zusätzliche Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit gaben.

Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder – Zeitvergleich (Abb. 27)

«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?»



Die übrigen Bundesratsmitglieder fallen im Einfluss-Ranking deutlich ab. Der Verteidigungsminister der Mitte, Martin Pfister, ist seit Amtsantritt stark gefordert, häufig aufgrund von Hinterlassenschaften seiner Vorgänger im Amt. Der Anteil der

Befragten, die ihn als Mitglied mit wenig Einfluss wahrnehmen, liegt etwas höher als der Anteil, der ihn als einflussreiches Bundesratsmitglied betrachtet (Abb. 26). Aber immerhin konnte er seinen wahrgenommenen Einfluss leicht ausbauen, wie Abbildung 27 zeigt.

Bei den drei verbleibenden Mitgliedern der Landesregierung hat sich hingegen wenig getan. Der Aussenminister der FDP, Ignazio Cassis, gilt den Befragten nach wie vor als Mitglied mit wenig Einfluss, ebenso der SP-Justizminister Beat Jans, obwohl beide im aktuellen Jahr durchaus viel Medienpräsenz hatten. Das Schlusslicht bildet erneut die Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider aus der SP.

Die Regierung der Schweiz wird somit aus Sicht der Befragten durch ein Mitglied aus FDP und zwei der SVP dominiert, was die Einschätzung des zu rechts positionierten Bundesrats miterklärt.

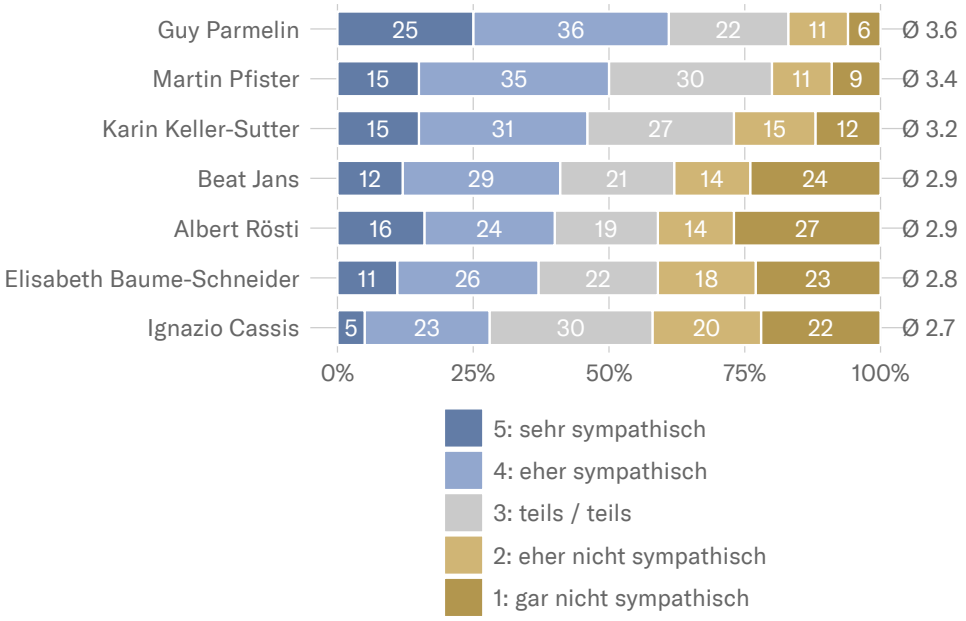
3.4 SYMPATHIE-RANKING DER BUNDESRATSMITGLIEDER

Der amtierende Bundespräsident Guy Parmelin legte nicht nur an wahrgenommenem Einfluss deutlich zu, sondern auch an Sympathiepunkten (siehe Abbildungen 28 und 29). Zum ersten Mal überhaupt führt er das entsprechende Ranking an, über 60 Prozent der Befragten finden ihn sympathisch. Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass die Datenerhebung vor der Bekanntgabe des per Ende 2026 geplanten Rücktritts aus dem Bundesrat stattfand. Die hohen Sympathiewerte sind deshalb auf andere Faktoren zurückzuführen. Dazu gehören beispielsweise seine als bodenständig beschriebene Art oder auch sein Auftritt an der Fussball-WM in den USA im Sommer 2026, als ihm seine rote Kopfbedeckung mit dem Slogan «Switzerland great since 1291» sehr viel Medienaufmerksamkeit verschaffte.

Der amtsjüngste Bundesrat Martin Pfister ist weiterhin populär, wurde aber vom Überflieger Parmelin auf den zweiten Platz verwiesen.

Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie (Abb. 28)

«Welche Bundesräte und Bundesrätinnen sind Ihrer Meinung nach besonders sympathisch?»



An dritter Stelle im Sympathie-Ranking steht neu Karin Keller-Sutter. Sie machte gegenüber dem letzten Jahr einiges an Sympathie gut und beweist damit, dass Hartnäckigkeit in der Sache und politische Erfolge vom Volk durchaus positiv aufgenommen werden können.

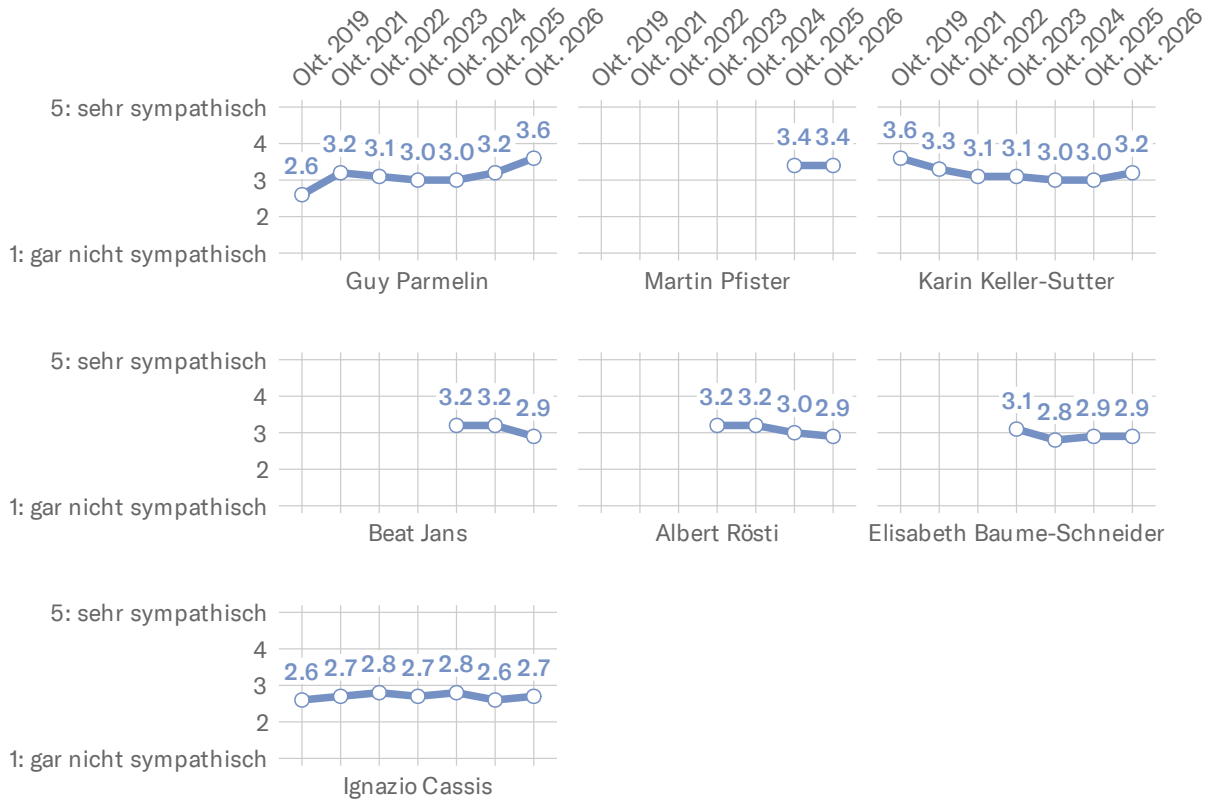
Albert Rösti hingegen hat die Hitze doppelt zugesetzt. Der SVP-Bundesrat hat nicht nur im Einfluss-, sondern auch im Sympathie-Ranking Punkte verloren. Mittlerweile ist der Anteil derjenigen Befragten, der ihn nicht sympathisch findet, gleich gross wie derjenige, der ihn sympathisch findet.

Ebenfalls an Sympathie eingebüsst hat Beat Jans. Der Justizminister der SP fiel vom zweiten auf den vierten Rang und weist sehr ähnliche Werte auf wie Albert Rösti. Auch er wurde im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit seinem Wirken in der Asylpolitik von politischen Gegnern hart kritisiert, was sich auch in der von der Bevölkerung wahrgenommenen Popularität bemerkbar gemacht haben dürfte.

Elisabeth Baume-Schneider steht unverändert auf dem zweitletzten Platz. Ignazio Cassis hat zwar bei den Sympathiewerten etwas zugelegt, steht aber dennoch am Ende des Rankings. Unverändert ist der Anteil derjenigen, die den Aussenminister der FDP (eher) nicht sympathisch finden. Wie das nächste Unterkapitel zeigt, bewertet die Mehrheit der Bevölkerung diverse aktuelle Bereiche der bundesrätlichen Aussenpolitik kritisch, was sich auch in der Bewertung des Aussenministers niedergeschlagen haben dürfte.

Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie – Zeitvergleich (Abb. 29)

«Welche Bundesräte und Bundesrätinnen sind Ihrer Meinung nach besonders sympathisch?» – dargestellt ist der Mittelwert auf der Skala 1 bis 5

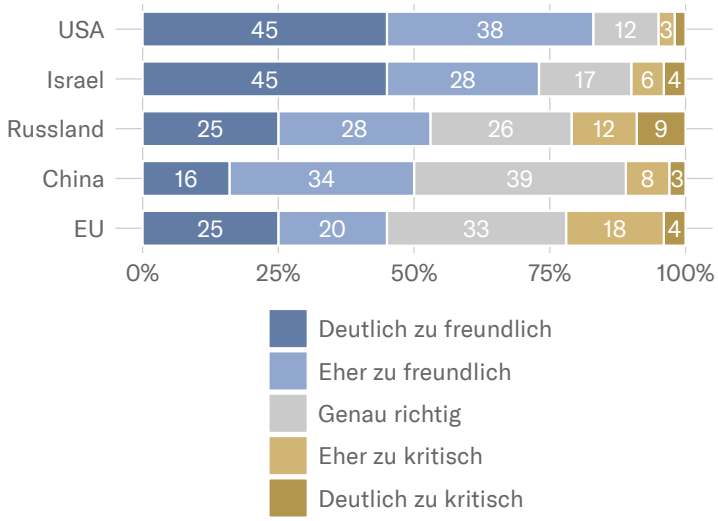


3.5 BEWERTUNG DER AUSSENPOLITIK DES BUNDESRATES

Aufgrund der weltpolitischen Lage hat die Schweizer Aussenpolitik in dieser Legislaturperiode deutlich an Wichtigkeit und Sichtbarkeit gewonnen. Die diesjährige Ausgabe des Wahlbarometers wiederholt deshalb die letztjährig erstmals gestellte Frage zum Verhalten des Bundesrats auf der Weltbühne. Konkret wurde gefragt, ob sich der Bundesrat aus Sicht der Befragten gegenüber den USA, Russland, Israel, China und der EU zu freundlich oder zu kritisch verhält.

Bewertung Aussenpolitik Bundesrat (Abb. 30)

«Wie beurteilen Sie das Verhalten des Bundesrates gegenüber den Regierungen folgender Staaten, bzw. Staatengemeinschaften?»



Aus Abbildung 30 geht hervor, dass die Bevölkerung den aussenpolitischen Kurs der Schweiz in Bezug auf die USA und Israel am kritischsten bewertet. Mittlerweile finden 83 Prozent der Befragten, dass der Bundesrat einen zu USA-freundlichen Kurs fahre. Fünf Prozent bewerten ihn als zu kritisch, lediglich zwölf Prozent finden den Umgang gerade richtig.

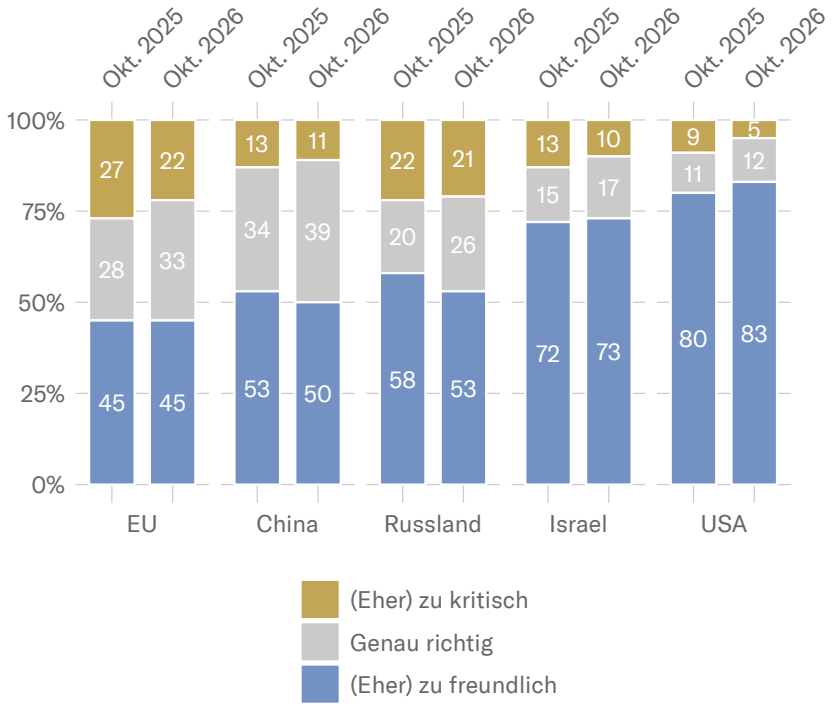
Auch der Umgang der offiziellen Schweiz mit Israel entspricht wie bereits vor einem Jahr nicht der Mehrheitshaltung der Bevölkerung. Knapp drei Viertel empfinden den Umgang als

zu freundlich. Wie auch in Bezug auf die USA empfindet mit 45 Prozent fast die Hälfte der Befragten den Umgang sogar als deutlich zu freundlich. 17 Prozent beurteilen den Umgang mit Israel als gerade richtig, 10 Prozent als zu kritisch.

Auch Russland wird aus Sicht der Befragten vom Bundesrat in der Tendenz zu freundlich behandelt. Mit 53 Prozent liegt der entsprechende Anteil allerdings etwas tiefer als im letzten Jahr, als noch 58 Prozent dieser Ansicht waren (Abb. 31). Rund ein Fünftel bewertet den Umgang mit Russland als zu kritisch, rund ein Viertel empfindet ihn als gerade richtig. Auch der Umgang mit China wird bei der diesjährigen Befragung etwas seltener als zu freundlich wahrgenommen: 50 Prozent betrachten den Umgang noch als zu freundlich (im Vorjahr waren es 53 Prozent). 39 Prozent finden ihn gerade richtig (im letzten Jahr waren es 34 Prozent). Leichte Veränderungen gibt es auch in Bezug auf die Wahrnehmung des Umgangs mit der EU. Unverändert nehmen ihn 45 Prozent der Befragten als zu freundlich wahr. Der Anteil derjenigen, die den Umgang mit der EU als zu kritisch einstufen, ist von 27 Prozent im Vorjahr auf aktuell 22 Prozent zurückgegangen. Ein Drittel findet ihn gerade richtig – fünf Prozentpunkte mehr als im letzten Jahr.

Bewertung Aussenpolitik Bundesrat – Zeitvergleich (Abb. 31)

«Wie beurteilen Sie das Verhalten des Bundesrates gegenüber den Regierungen folgender Staaten, bzw. Staatengemeinschaften?»



Wie Abbildung 32 zeigt, gehen die Meinungen der Parteiwählerschaften in der Bewertung der schweizerischen Aussenpolitik zum Teil sehr stark auseinander.

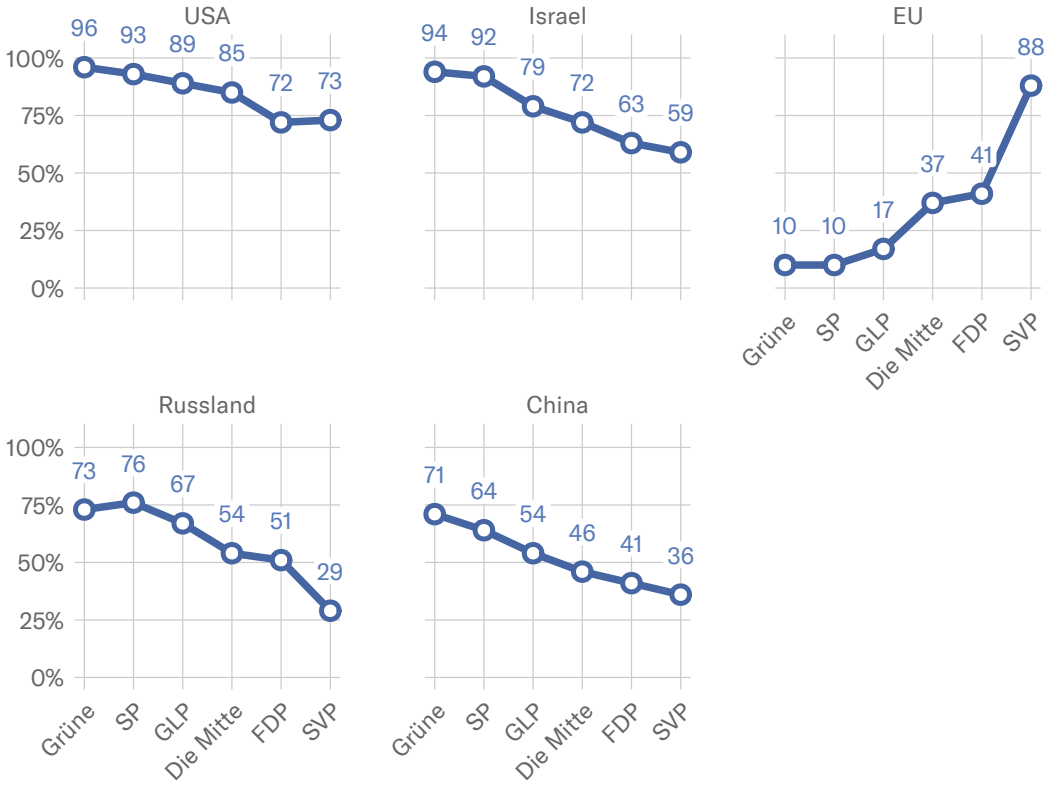
Die grösste Übereinstimmung zeigt sich in der Bewertung des Umgangs mit den USA. Alle Parteiwählerschaften betrachten diesen mit grosser Mehrheit als zu freundlich. Im linken Lager sind praktisch alle dieser Ansicht, bei den Wählenden von FDP und SVP sind es noch knapp drei Viertel. Auch der Umgang mit Israel wird von allen Parteiwählerschaften als zu freundlich bewertet, wobei die SVP- (59%) und die FDP-Basis (63%) diese Ansicht am wenigsten deutlich teilen.

In der Bewertung des Umgangs mit Russland, China und der EU zeigen sich sehr grosse Unterschiede zwischen den Parteiwählerschaften, die entlang der ideologischen Blöcke verlaufen. Insbesondere wird die bundesrätliche Politik in Bezug auf Russland und die EU von den SVP-Wählenden völlig anders bewertet als von allen anderen Parteiwählerschaften. Am auffälligsten zeigt sich dies in der Bewertung des bundesrätlichen Kurses gegen-

über der EU. 88 Prozent der SVP-Wählenden empfinden ihn als zu freundlich. Das ist ein mehr als doppelt so grosser Anteil wie bei der zweitkritischsten Wählerschaft, jener der FDP, von der aber mit zwei Fünfteln eine Minderheit der Ansicht ist, der Bundesrat trete gegenüber der EU zu freundlich auf. Im links-grün-progressiven Lager ist lediglich eine kleine Minderheit von zehn (Grüne und SP) bis 17 Prozent (GLP) der Ansicht, die Schweiz verfolge gegenüber der EU einen zu freundlichen Kurs. Bei der Mitte ist gut ein Drittel dieser Ansicht.

Bewertung Aussenpolitik Bundesrat als zu freundlich – nach Partei (Abb. 32)

«Wie beurteilen Sie das Verhalten des Bundesrates gegenüber den Regierungen folgender Staaten, bzw. Staatengemeinschaften?» – dargestellt ist der Anteil, der «Deutlich zu freundlich» oder «Eher zu freundlich» geantwortet hat



Umgekehrt ist es im Fall von Russland. Weniger als dreissig Prozent der SVP-Wählenden empfinden die Aussenpolitik der Schweiz als zu freundlich gegenüber Russland, während dies bei allen anderen Parteiwählerschaften eine Mehrheit so sieht. Der Umgang mit China wird vom links-grün-progressiven Spektrum mehrheitlich als zu freundlich kritisiert, während bei den

Mitte-, FDP- und SVP-Wählenden rund vier von zehn Personen dieser Ansicht sind.

Das Profil der Wählenden

Dieses Kapitel beleuchtet das Profil der verschiedenen Parteiwählerschaften. Es zeigt auf, inwieweit sie sich nach demographischen, sozioökonomischen und politischen Merkmalen unterscheiden.

4.1 GESCHLECHT UND ALTER

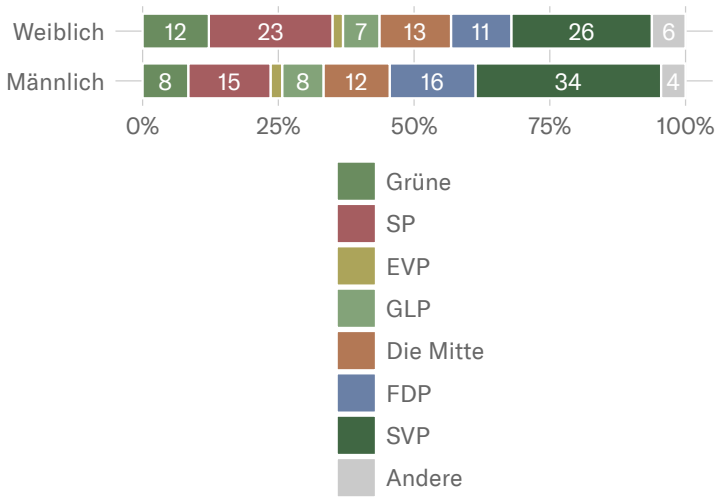
In Abbildung 33 zeigt sich in Bezug auf die Parteipräferenz in der Schweiz ein klarer Geschlechtergraben. Gut ein Drittel der Wählerinnen (35%) unterstützt Parteien, die dem linken Pol des politischen Spektrums zugeordnet werden. Bei den Männern liegt dieser Anteil bei gut einem Fünftel (23%).

Auf der rechten Seite zeigt sich das gegenteilige Bild. Jeder zweite Mann wählt eine Partei des rechten Spektrums, bei den Frauen sind es 37 Prozent. Konkret unterstützt jeder dritte Wähler die SVP, während die FDP von 16 Prozent aller Männer gewählt wird. Bei den Frauen stimmen 26 Prozent für die SVP, 11 Prozent unterstützen die FDP.

Bei der Unterstützung für die Zentrumsparteien EVP, GLP und Mitte lässt sich hingegen praktisch kein Geschlechterunterschied feststellen.

Wähleranteile aktuelle Wahlabsicht – nach Geschlecht (Abb. 33)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



Der grösste Geschlechtergraben zeigt sich bei der SP und der SVP. Aber auch die FDP zieht deutlich mehr Wähler als Wählerinnen an, bei den Grünen ist es umgekehrt.

In Bezug auf die Altersgruppen zeigen sich ebenfalls bei einigen Parteien deutliche Unterschiede. Die SP galt lange Zeit als die linke Partei für tendenziell ältere Wählende. Mittlerweile erzielt sie bei Personen unter 35 den höchsten Wähleranteil aller Altersgruppen (Abb. 34). Die Grünen werden aktuell von allen Altersgruppen in ähnlichem Ausmass unterstützt, ebenso die Zentrumsparteien EVP und GLP.

Anders sieht es auf der rechten Seite des politischen Spektrums aus. Sowohl die FDP als auch die SVP erhalten in der jüngsten Altersgruppe am wenigsten Zuspruch. Während allerdings die FDP von Personen im Pensionsalter am meisten Unterstützung erhält, kann die SVP darauf zählen, dass ihr rund jede dritte Person zwischen 35 und 64 ihre Stimme gibt.

Wähleranteile aktuelle Wahlabsicht – nach Alter (Abb. 34)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»

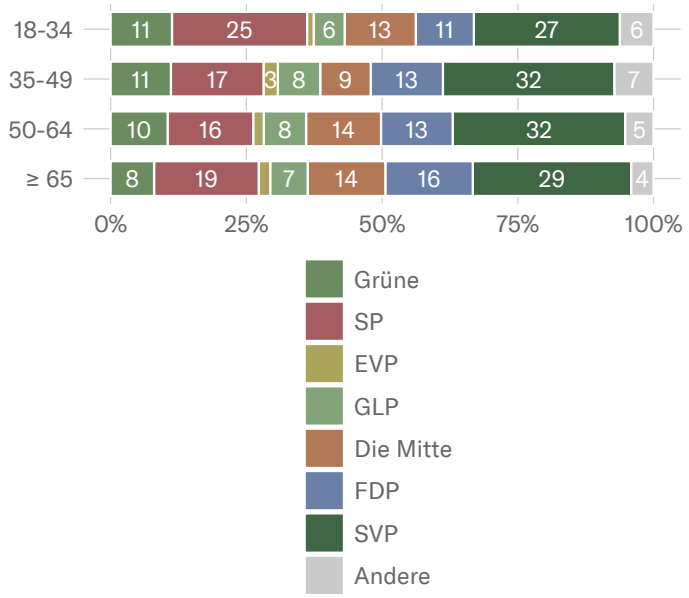
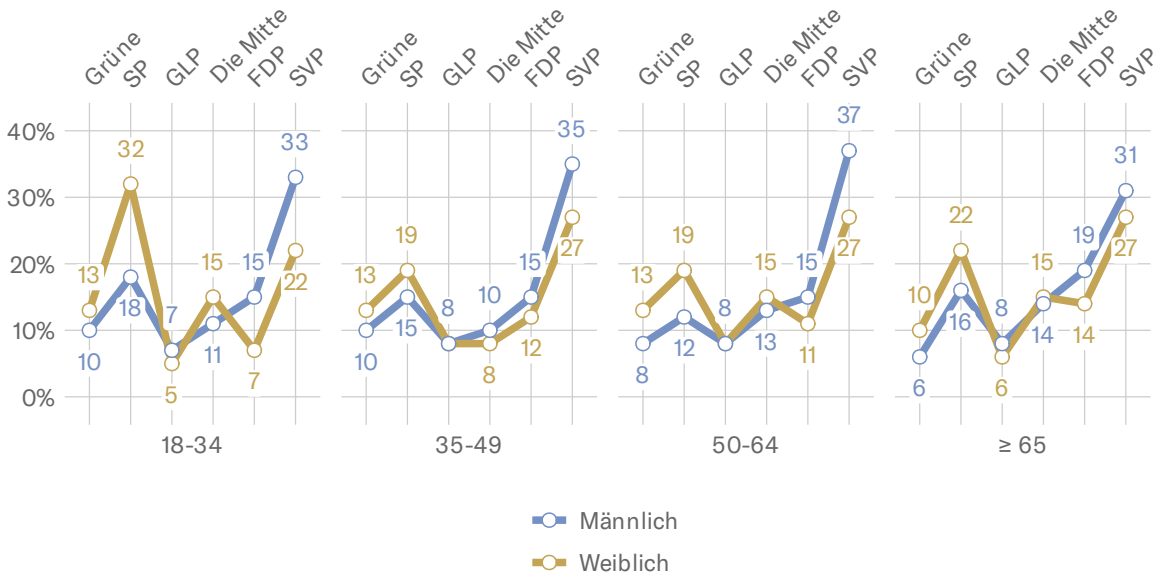


Abbildung 35 zeigt die Unterstützung der Parteien durch Frauen und Männer in unterschiedlichen Altersgruppen. Am auffälligsten sind die Differenzen in der Wahlabsicht der Geschlechter bei der jüngsten Altersgruppe. Am grössten fällt dort der *gender gap* für die SP aus. Er beträgt für die jüngste Wählergruppe 14 Prozentpunkte. Knapp jede dritte Frau unter 35 will ihre Stimme der SP geben, bei den jungen Männern ist es knapp jeder fünfte. Bei der SVP zeigt sich ein gegenteiliges Bild: Die Unterstützung für die SVP liegt bei jungen Männern elf Prozentpunkte höher als bei gleichaltrigen Frauen.

Wähleranteile aktuelle Wahlabsicht – nach Geschlecht und Alter (Abb. 35)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



In den Altersgruppen der Personen zwischen 35 und 49 sowie 50 und 64 bleiben für die SVP relativ grosse *gender gaps* von acht resp. zehn Prozentpunkten bestehen. Die SP bekommt auch in den älteren Generationen mehr Unterstützung bei Wählerinnen als bei Wählern. Die Unterschiede sind jedoch deutlich kleiner als bei der jüngsten Wählergruppe, belaufen sich aber doch auf vier bis sieben Prozentpunkte.

Erwähnenswert ist zudem noch, dass sich bei der Gruppe der Wählenden unter 35 auch bei der FDP ein klarer Geschlechtergraben feststellen lässt: Die Partei ist bei jungen Männern deutlich beliebter als bei jungen Frauen.

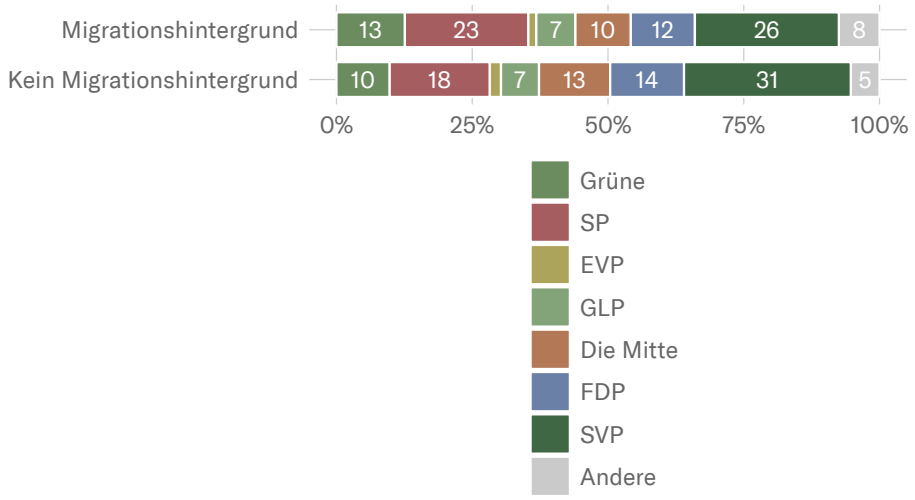
Bei der GLP zeigt sich bei keiner Altersgruppe ein markanter *gender gap*, bei der Mitte ist er nur in der jüngsten Altersgruppe schwach vorhanden: Frauen unter 35 geben etwas häufiger an, die Mitte wählen zu wollen, als gleichaltrige Männer. Bei den Personen ab 35 ist aber praktisch kein Unterschied mehr festzustellen.

4.2 MIGRATIONSHINTERGRUND

Mittlerweile hat ein gutes Viertel aller Wählenden in der Schweiz einen Migrationshintergrund. Die Wählerschaft mit Migrationshintergrund ist genauso heterogen wie die Wählerschaft ohne Migrationshintergrund. Wie Abbildung 36 zeigt, unterscheidet sich die Parteipräferenz zwischen Personen mit resp. ohne Migrationshintergrund am stärksten in Bezug auf die Wahl einer Polpartei.

Wähleranteile aktuelle Wahlabsicht – nach Migrationshintergrund (Abb. 36)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?» – Als Personen mit Migrationshintergrund gelten Befragte, die selbst in die Schweiz eingewandert sind oder bei denen mindestens ein Elternteil eingewandert ist.

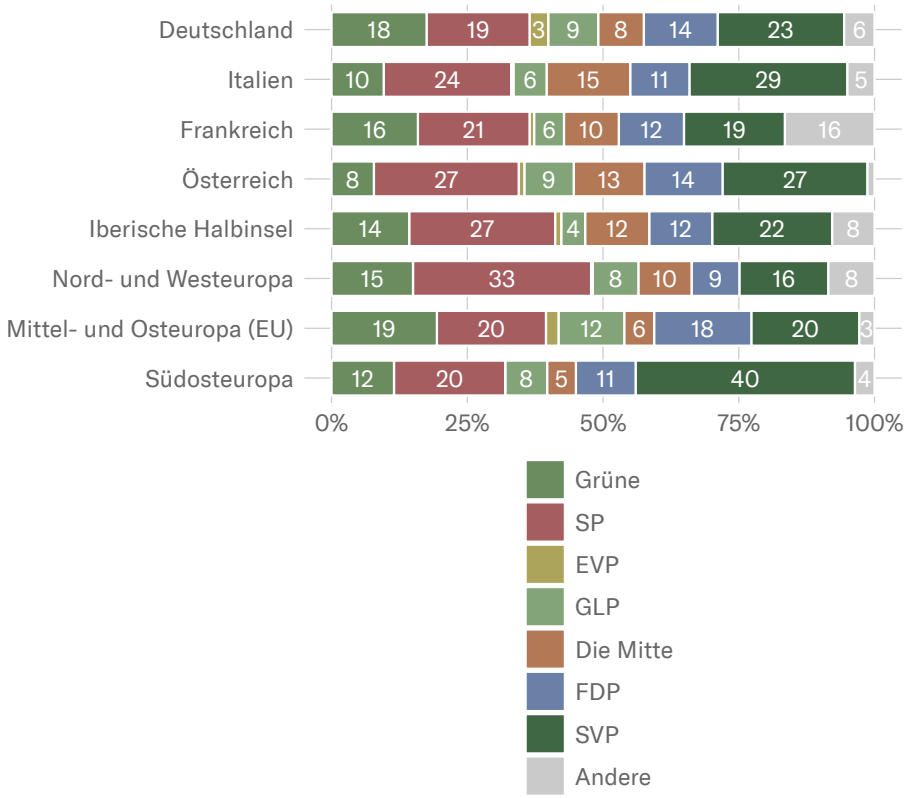


Knapp ein Drittel der Wählerschaft ohne Migrationshintergrund wählt die SVP, bei denjenigen mit Migrationshintergrund unterstützt ein Viertel die SVP. Umgekehrt kommt das linke Lager bei Personen ohne Migrationshintergrund auf 28 Prozent, bei Personen mit Migrationshintergrund schneidet es mit 36 Prozent deutlich besser ab. FDP und Zentrumsparteien erreichen zusammen 36 Prozent der Wählerschaft ohne Migrationshintergrund resp. 30 Prozent der Wählerschaft mit Migrationshintergrund.

Wähleranteile aktuelle Wahlabsicht – nach Herkunftsland/-region (Abb. 37)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?» – nur Personen mit Migrationshintergrund

Iberische Halbinsel: Spanien und Portugal
Nord- und Westeuropa: Vereinigtes Königreich, Irland, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island
Mittel- und Osteuropa (EU): Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und Bulgarien
Südosteuropa: Kosovo, Serbien, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien, Kroatien und Slowenien



Allerdings gibt es durchaus Unterschiede nach Herkunftsland, wie Abbildung 37 zeigt. Während die Zentrumsparteien bei Personen mit Migrationshintergrund über die verschiedenen Herkunftsregionen hinweg ähnlich abschneiden, zeigen sich bei der SVP und den linken Parteien deutliche Unterschiede. Die linken Parteien SP und Grüne werden zusammen in allen Diasporas häufiger gewählt als von Personen ohne Migrationshintergrund. Bei der SVP ist es umgekehrt, sie erreicht bei Personen mit Migrationshintergrund weniger Wählende als bei Personen ohne – mit einer bemerkenswerten Ausnahme: Personen mit südosteuropäischem Migrationshintergrund wählen sie besonders häufig. Mit einem Anteil von rund 40 Prozent

erzielt die SVP in dieser Gruppe sogar den höchsten Zuspruch in allen hier ausgewiesenen soziodemografischen Gruppen. Das mag zunächst überraschen, da sich insbesondere frühere Abstimmungskampagnen der SVP teilweise explizit gegen Menschen aus diesen Herkunftsregionen richteten. Doch offenbar findet die tendenziell konservative und wirtschaftsliberale Grundhaltung der SVP auch bei Teilen der heterogenen südosteuropäischen Diaspora grossen Anklang. Bei Personen mit nord- und westeuropäischem Migrationshintergrund schneidet die SVP dagegen deutlich schlechter ab als bei Personen ohne Migrationshintergrund, dafür kommt das linke Lager in dieser Gruppe auf einen Wähleranteil von fast 50 Prozent.

4.3 BILDUNG UND EINKOMMEN

Bildungsabschluss und Einkommen sind nach wie vor die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung in der Schweiz. Die Auswertung der Profile der einzelnen Wählerschaften zeigt, dass diese beiden Merkmale zwischen den einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind.

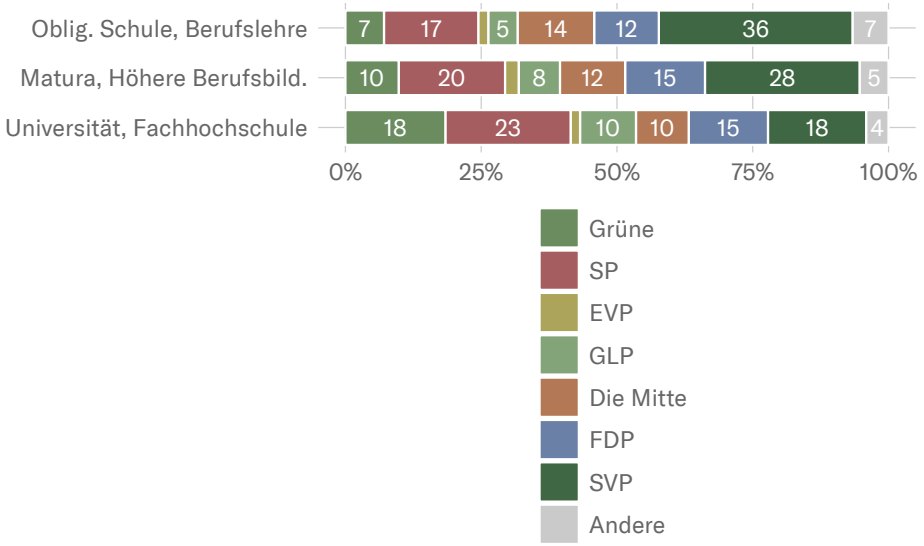
Wie Abbildung 38 zeigt, ist die SVP bei Wählenden mit tieferer Bildung deutlich erfolgreicher als bei höheren Bildungsgruppen. Die SVP erzielt einen rund doppelt so hohen Wähleranteil bei Personen mit tieferem Bildungsstand als bei Wählenden mit Hochschulabschluss. Die Mitte schneidet bei Wählenden mit tieferer Bildung ebenfalls etwas besser ab als bei Wählenden mit höherer Bildung.

Bei allen anderen Parteien ist das Bild umgekehrt. Unter Personen mit Hochschulabschluss ist der Anteil der Grünen-Wählenden rund 2,5-mal so gross wie unter Personen mit dem tiefsten Bildungsabschluss. Die GLP ist für Wählende mit Hochschulbildung ebenfalls rund doppelt so attraktiv wie für Personen mit einem tiefen Bildungsniveau. Auch wenn die Bildungsunterschiede etwas weniger stark ausfallen, liegen die Wähleranteile von SP und FDP bei Personen mit höherem

Bildungsstand ebenfalls höher als bei Personen mit tieferem Bildungsstand.

Wähleranteile aktuelle Wahlabsicht – nach Bildungsniveau (Abb. 38)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



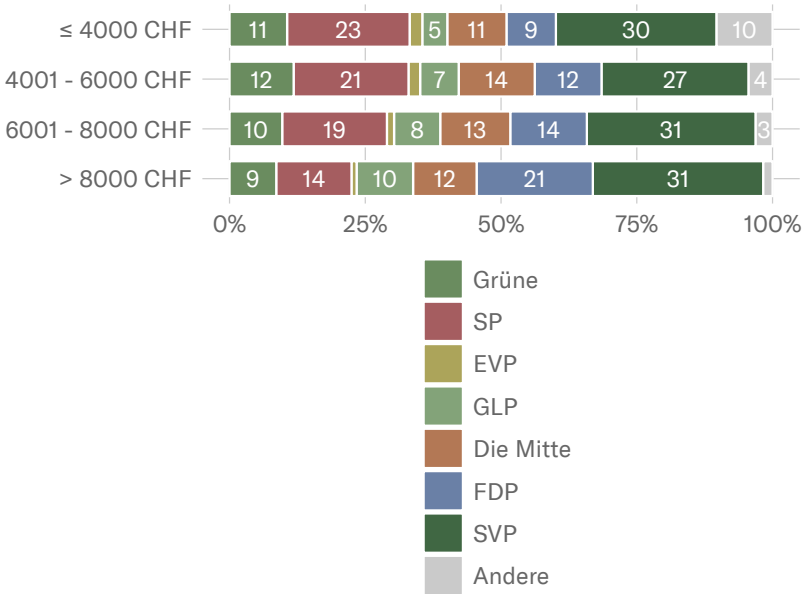
Auch aufgeschlüsselt nach Einkommensgruppen[1] zeigen sich grosse Unterschiede bei den Wähleranteilen der Parteien (Abb. 39). Von den Personen mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von über 8000 Franken wählt über die Hälfte eine Partei aus dem rechten und rechtsbürgerlichen Spektrum.

Während allerdings die SVP in allen Einkommensgruppen einen Wähleranteil von rund 30 Prozent erzielt, unterscheidet sich die Unterstützung der FDP stark nach Einkommen: Der Anteil der FDP-Wählenden liegt in der höchsten Einkommensklasse bei 21 Prozent und ist damit mehr als doppelt so gross wie in der tiefsten (9%). Auch die GLP erzielt bei Personen mit höherem Einkommen doppelt so viel Zuspruch wie bei Personen mit tiefem Einkommen.

[1] In früheren Ausgaben des Wahlbarometers wurde jeweils das Haushaltseinkommen verwendet. Seit dem Wahlbarometer 2025 wird neu das Äquivalenzeinkommen ausgewiesen, bei dem das Einkommen eines Haushalts nach seiner Grösse und Zusammensetzung gewichtet wird. Es wird also berücksichtigt, dass grössere Haushalte zwar mehr Einkommen benötigen, aber durch gemeinsames Wohnen gewisse Kosten teilen können. So ermöglicht das Äquivalenzeinkommen Lebensstandard-Vergleiche zwischen verschiedenen Haushalten.

Wähleranteile aktuelle Wahlabsicht – nach Äquivalenzeinkommen (Abb. 39)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»



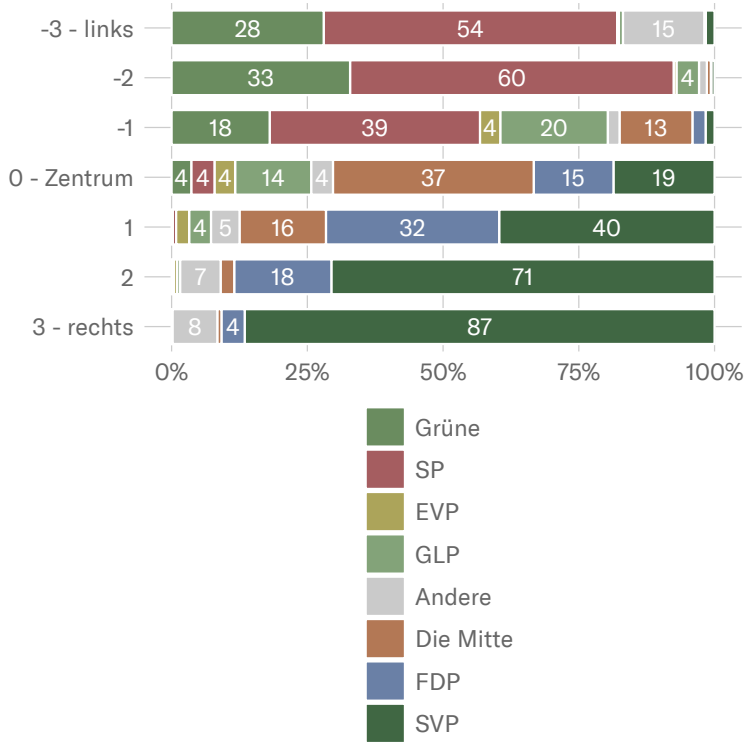
Die SP weist ein umgekehrtes Bild auf. Sie schneidet bei Personen in der höchsten Einkommensklasse deutlich schlechter ab als bei Personen mit tieferem Einkommen. Dies widerspricht der verbreiteten Annahme, sie vertrete als linke Partei kaum mehr Geringverdienende. Die Grünen und die Mitte sind hingegen in allen Einkommensklassen ähnlich erfolgreich.

4.4 POSITIONIERUNG LINKS-RECHTS-ACHSE

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich im politischen Spektrum von ganz links (-3) bis ganz rechts (3) einzuordnen. Von den Befragten, die sich ganz rechts verorten, wollen 87 Prozent ihre Stimme der SVP geben, vier Prozent der FDP (Abb. 40). Acht Prozent wählen kleinere bzw. regionale Parteien. Von denjenigen, die sich rechts verorten (2), wollen 71 Prozent ihre Stimme der SVP geben, 18 Prozent der FDP. Ihren höchsten Wähleranteil erzielt die FDP bei den Wählenden, die sich als leicht rechts des Zentrums stehend betrachten (1). Dort steht sie allerdings immer noch in starker Konkurrenz zur SVP, die 40 Prozent der Wählenden mit dieser Position erreicht.

Wähleranteile aktuelle Wahlabsicht – nach Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala (Abb. 40)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»/«Wo würden Sie sich auf einer Skala zwischen «links» und «rechts» einstufen?», 7er-Skala



Ganz links aussen (-3) gehen gemäss aktuell geäusserter Wahlabsicht 28 Prozent der Stimmen zu den Grünen und etwas über die

Hälfte zur SP. Der Anteil der Wählenden, die kleinere bzw. regionale Parteien unterstützen, liegt mit 15 Prozent im Spektrum links aussen relativ hoch. Die beiden grössten Linksparteien – Grüne und SP – gewinnen dafür von den Wählenden, die sich links (-2) verorten, 93 Prozent aller Stimmen. Die Stimmen der Wählenden, die sich links vom Zentrum des politischen Spektrums positionieren (-1), gehen immer noch mehrheitlich an die Grünen (18%) und die SP (39%), aber auch die GLP kann mit 20 Prozent und die Mitte mit 13 Prozent einen respektablen Teil für sich gewinnen.

Wie Abbildung 40 ebenfalls zeigt, ist das politische Zentrum am stärksten umkämpft. Es dominiert dabei die Mitte, die auf 37 Prozent Wähleranteil kommt. FDP und GLP erreichen 15 resp. 14 Prozent, allerdings gibt mittlerweile auch fast jede fünfte Person, die sich politisch im Zentrum verortet, ihre Stimme der SVP.

Verortung der Parteiwählerschaften im Links-rechts-Spektrum (Abb. 41)

«Wo würden Sie sich auf einer Skala zwischen «links» und «rechts» einstufen?», 7er-Skala

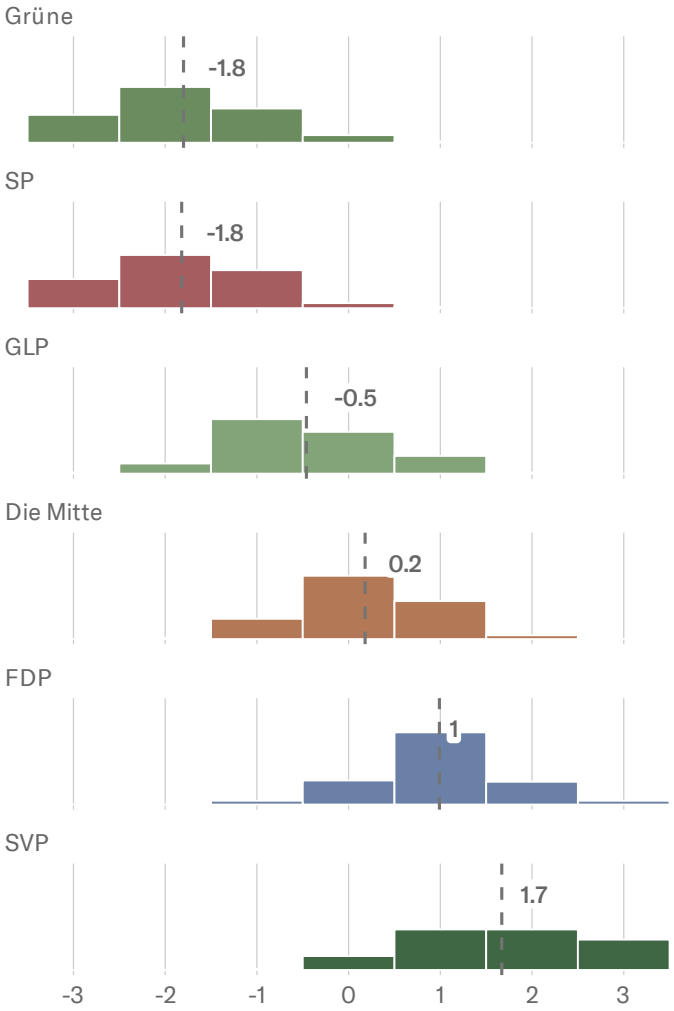


Abbildung 41 zeigt das politische Profil der Wählerschaft der einzelnen Parteien. Identisch fällt dabei die Selbstpositionierung der Wählerschaften der Grünen und der SP aus: Im Spektrum zwischen links (-3) und rechts (+3) positioniert sich die Basis der linken Parteien durchschnittlich bei -1,8.

Die Anhängerschaft der GLP ist mit einem Durchschnittswert von -0,5 leicht links des politischen Zentrums positioniert, während die Wählerschaft der Mitte sich mit 0,2 fast exakt im Zentrum verortet. Klar im rechten Spektrum ist die Wählerschaft der FDP angesiedelt: Ihre mittlere Position liegt bei 1. Am weitesten rechts positioniert sich die SVP-Basis mit ei-

nem Durchschnitt von 1,7, also 0,7 Skalenpunkte rechts der FDP-Wählerschaft.

Budget des Bundes

Dieses Kapitel widmet sich den Präferenzen der Wahlberechtigten beim Bundesbudget. Es zeigt auf, ob die Wahlberechtigten allfällige Haushaltslücken eher mit Mehreinnahmen oder Ausgabenreduktionen schliessen würden und in welchen Bereichen sie am ehesten die Ausgaben reduzieren resp. die Einnahmen erhöhen würden.

5.1 SOWOHL MEHREINNAHMEN ALS AUCH SPAREN BEI BUDGETLÜCKEN

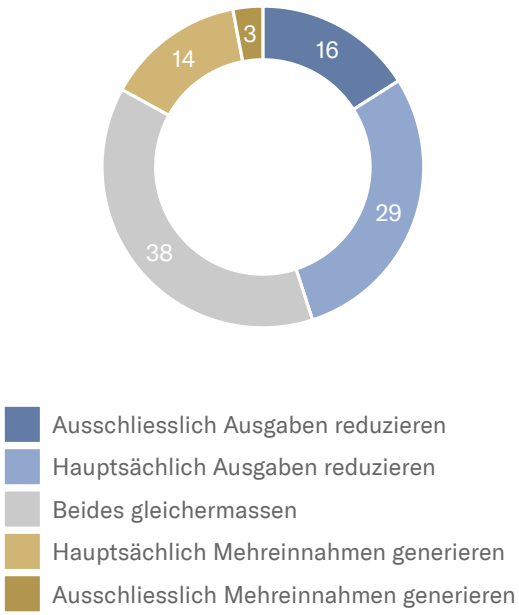
In der Frühjahrssession 2026 hat das Parlament das Entlastungspaket 27 verabschiedet. Dieses enthält Ausgabenreduktionen in der Höhe von 1,4 bis 2,0 Milliarden Franken pro Jahr für die Jahre 2027 bis 2029.[2] In seiner Botschaft hatte der Bundesrat ursprünglich Einsparungen von 2,4 bis 3,1 Milliarden Franken vorgesehen. Dennoch gab der Bundesrat im Juni bekannt, dass er vorerst auf weitere Entlastungspakete verzichtet.[3] Er begründete dies damit, dass er aufgrund von höheren Erträgen aus der Gewinnsteuer mit zusätzlichen Einnahmen im Umfang von 1,8 Milliarden Franken rechnet. Laut dem Bundesrat bleiben die Finanzaussichten jedoch mit erheblichen Unsicherheiten verbunden.

[2] Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (25.063), parlament.ch
[3] SRF, 24.06.2026

Falls der Bund mittelfristig über zu wenig Mittel verfügt, um seine Ausgaben zu decken, wünschen sich die meisten Befragten eine Kombination aus Ausgabenreduktion und Mehreinnahmen, um die Lücke zu schliessen (Abb. 42): 38 Prozent wünschen sich Ausgabenreduktionen und Mehreinnahmen in gleichen Teilen, 29 Prozent wünschen sich hauptsächlich Ausgabenreduktionen mit einem kleineren Teil an Mehreinnahmen und 14 Prozent wünschen sich hauptsächlich Mehreinnahmen mit gewissen Ausgabenreduktionen. Nur 16 Prozent der Befragten wollen eine allfällige künftige Haushaltslücke ausschliesslich durch Ausgabenreduktionen schliessen, lediglich 3 Prozent ausschliesslich über Mehreinnahmen. Ein allfälliges künftiges Massnahmenpaket zur Entlastung des Bundesbudgets dürfte entsprechend in der Bevölkerung beliebter sein, wenn es Mehreinnahmen und Ausgabenreduktionen kombiniert.

Ausgabenreduktion oder Mehreinnahmen bei Haushaltslücken (Abb. 42)

«Falls der Bund mittelfristig zu wenig Geld hat, um seine Ausgaben zu decken: Wie soll diese Lücke geschlossen werden?»

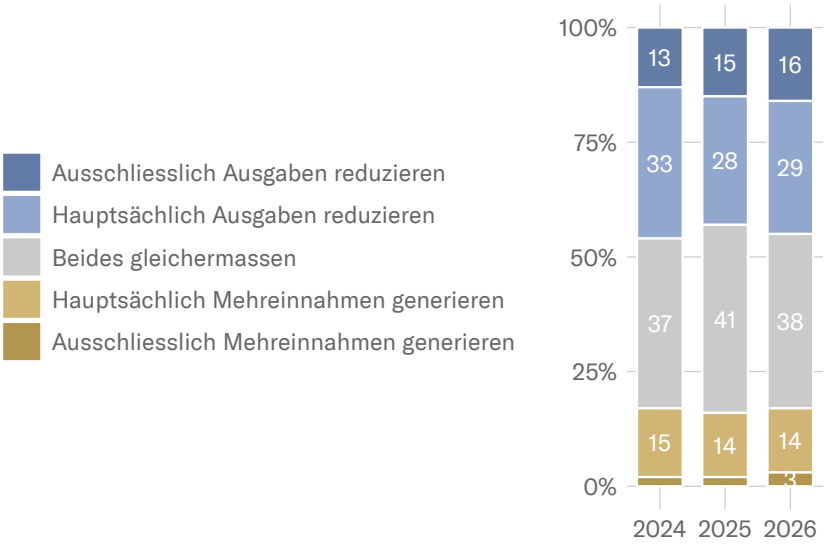


Die Präferenzen bezüglich der Zusammensetzung von Ausgabenreduktionen und Mehreinnahmen bei allfälligen Budgetlücken sind seit 2024 weitgehend konstant geblieben, wie Abbildung 43 zeigt. Offenbar hatten weder das verabschiedete

Entlastungspaket 27 – das quasi ausschliesslich aus Ausgabenreduktionen bestand – noch die verbesserte Finanzlage beim Bund nennenswerte Auswirkungen auf die Präferenzen hinsichtlich allfälliger künftiger Entlastungspakete.

Ausgabenreduktion oder Mehreinnahmen – Zeitvergleich (Abb. 43)

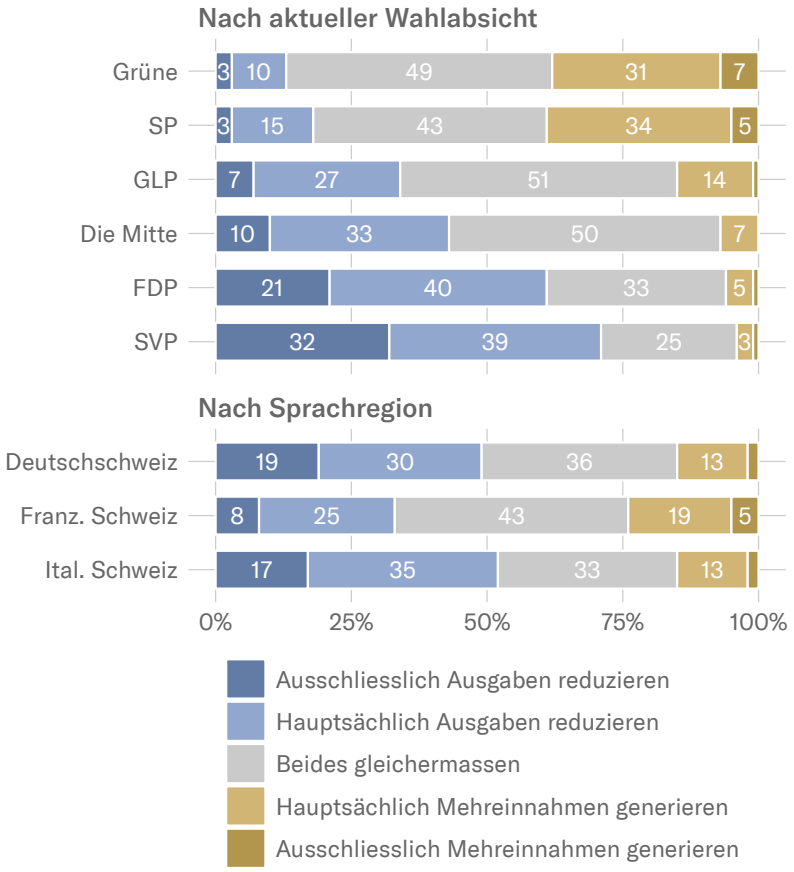
«Falls der Bund mittelfristig zu wenig Geld hat, um seine Ausgaben zu decken. Wie soll diese Lücke geschlossen werden?»



Die Haltung zu dieser Frage korreliert deutlich mit der Parteipräferenz, wie Abbildung 44 zeigt. Sowohl bei den Anhängerinnen und Anhängern der SVP (71%) als auch bei jenen der FDP (61%) spricht sich eine klare Mehrheit dafür aus, eine allfällige Haushaltslücke ausschliesslich oder hauptsächlich mit Ausgabenreduktionen zu schliessen.

Ausgabenreduktion oder Mehreinnahmen bei Haushaltslücken – nach Wahlabsicht (Abb. 44)

«Falls der Bund mittelfristig zu wenig Geld hat, um seine Ausgaben zu decken. Wie soll diese Lücke geschlossen werden?»



Umgekehrt präferieren knapp vier von zehn Wählenden von SP und Grünen in einem solchen Fall ausschliesslich oder hauptsächlich Mehreinnahmen, weniger als ein Fünftel überwiegend oder nur Ausgabenreduktionen. Die Präferenzen der Wählerschaften der Zentrumsparteien Mitte und GLP liegen auch in dieser Frage zwischen den Polen: Rund die Hälfte spricht sich dafür aus, Haushaltslücken gleichermassen durch Ausgabenreduktionen und Mehreinnahmen zu füllen – wobei bei den übrigen Wählenden dieser beiden Parteien ein Fokus auf Ausgabenreduktionen beliebter ist als einer auf Mehreinnahmen.

Ausgabenreduktionen sind in der Romandie deutlich unbeliebter als in der restlichen Schweiz. Während sich in der Deutschschweiz 49 Prozent und in der italienischsprachigen Schweiz 52 Prozent ausschliesslich oder hauptsächlich für Ausgabenre-

duktionen aussprechen, sind es in der Romandie nur 33 Prozent. In der französischsprachigen Schweiz sprechen sich demnach zwei Drittel der Befragten dafür aus, eine allfällige Haushaltslücke mindestens zur Hälfte mit Mehreinnahmen zu schliessen.

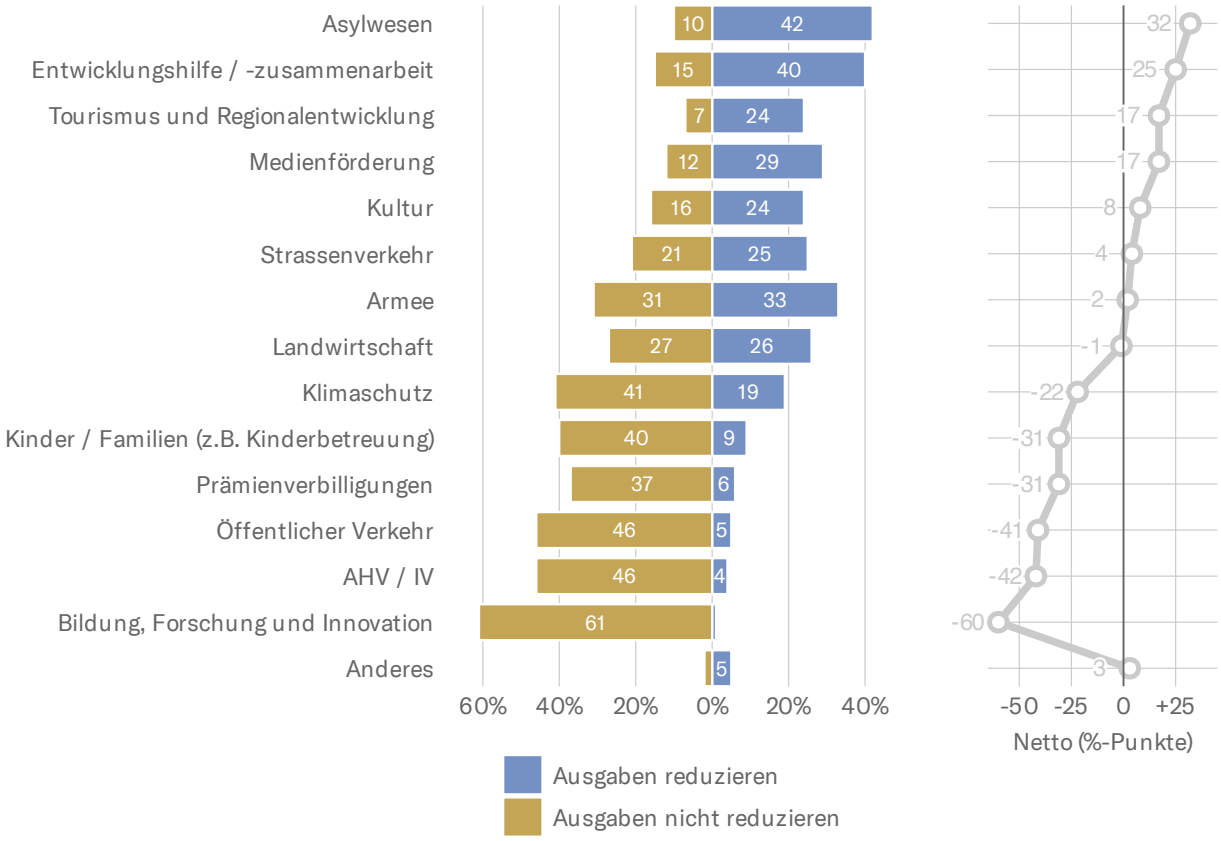
5.2 ASYLWESEN BELIEBTESTES SPARZIEL

Wo würde die Bevölkerung am ehesten den Rotstift ansetzen, falls Ausgabenreduktionen angezeigt wären? Abbildung 45 zeigt, dass in sieben Bereichen mehr Befragte Ausgabenreduktionen fordern, als sich explizit gegen Sparmassnahmen aussprechen. Der Posten mit der höchsten Nettozustimmung für eine mögliche Ausgabenreduktion ist das Asylwesen: 42 Prozent wünschen sich hier weniger Budget, gegenüber 10 Prozent, die sich dagegen aussprechen. Unter dem Strich überwiegen damit die Befürwortenden von Kürzungen beim Asylwesen um 32 Prozentpunkte.

Erwünschte und unerwünschte Ausgabenreduktionen (Abb. 45)

«In welchen Bereichen sollte der Bund seine Ausgaben reduzieren?» / «In welchen Bereichen sollte der Bund auf keinen Fall seine Ausgaben reduzieren?»

Hinweis: Den Befragten wurde ein Erklärtext angezeigt, der den Umfang der einzelnen Ausgabenposten aufzeigte.



Die nächsthöhere Nettozustimmung für Budgetkürzungen erhält die Entwicklungszusammenarbeit (+25 Prozentpunkte). Dahinter folgen Tourismus und Regionalentwicklung (+17 Pp.), Medienförderung (+17 Pp.), Kultur (+8 Pp.), Strassenverkehr (+4 Pp.) und Armee (+2 Pp.) – allesamt Bereiche, in denen sich mehr Personen für Ausgabenreduktionen als dagegen aussprechen.

Am deutlichsten abgelehnt werden Kürzungen bei Bildung, Forschung und Innovation (-60 Pp.). Auch bei der AHV und der IV (-42 Pp.), beim öffentlichen Verkehr (-41 Pp.), bei Prämienverbilligungen (-31 Pp.), bei Kindern und Familien (z.B. Kinderbetreuung; -31 Pp.) und beim Klimaschutz (-22 Pp.) lehnen deutlich mehr Personen Ausgabenkürzungen ab als diese befürworten. Auffällig ist, dass ausgerechnet bei einigen der grössten Aus-

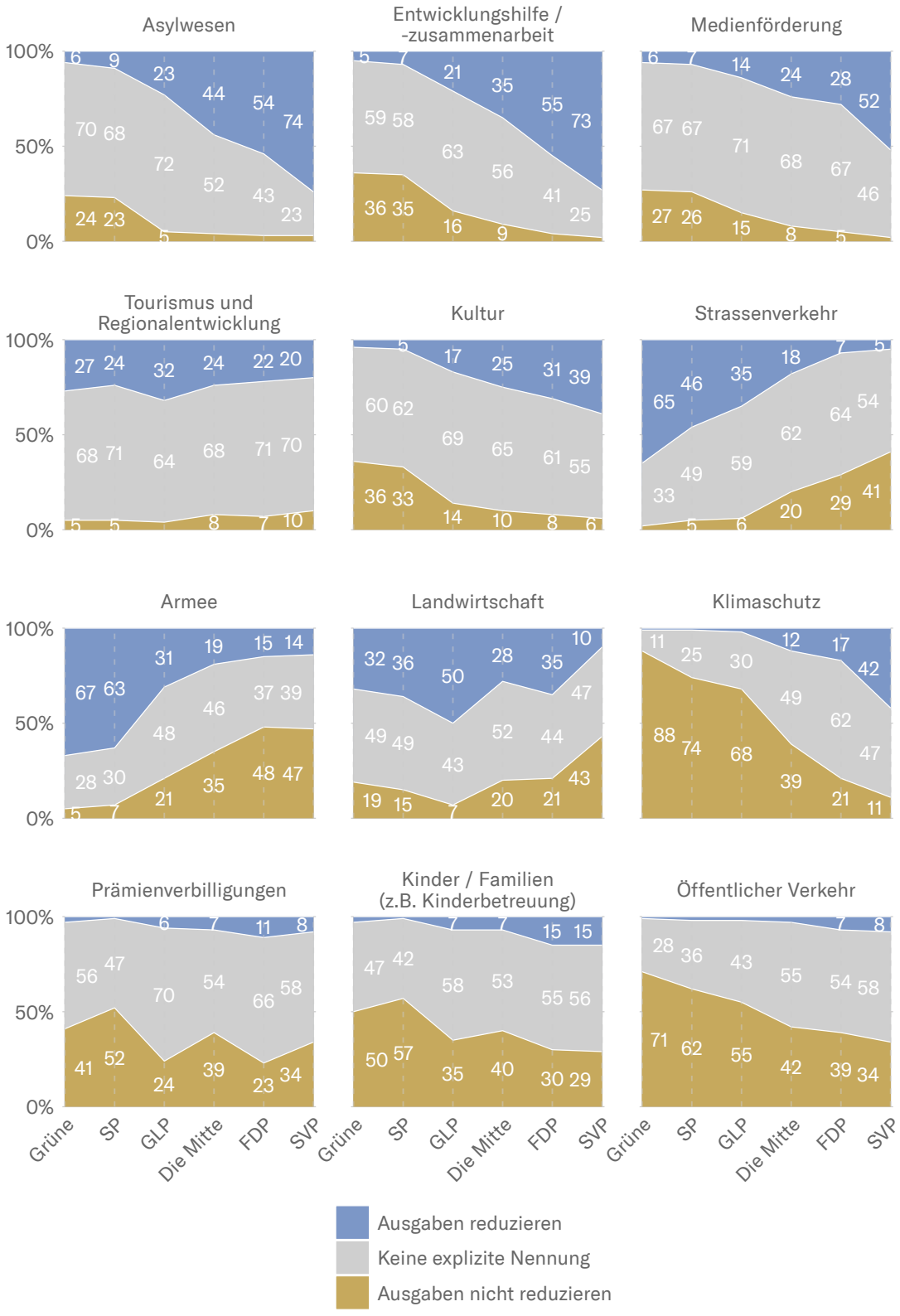
gabenposten des Bundes – AHV/IV, Bildung, Forschung und Innovation sowie öffentlicher Verkehr – am wenigsten Sparwille besteht, während Kürzungen in vergleichsweise kleinen Bereichen wie Medienförderung, Kultur oder Tourismus eher befürwortet werden.[4]

Wie Abbildung 46 zeigt, polarisiert die Frage nach Ausgabenkürzungen stark entlang der Parteilinien. Bei keinem Ausgabenposten verlangen mehr als zwei Parteianhängerschaften mehrheitlich explizit eine Reduktion der Ausgaben. Zudem zeigt sich, dass ein mehrheitlicher Wunsch nach Kürzungen des einen politischen Lagers beinahe immer damit verbunden ist, dass in einem anderen politischen Lager diese Kürzungen von mehr Personen abgelehnt als befürwortet werden. Die Anhängerschaften der SVP und FDP sprechen sich beispielsweise stark für Kürzungen beim Asylwesen und der Entwicklungshilfe aus, doch bei den Grünen und der SP lehnen mehr Personen Kürzungen in diesen Bereichen ab als sie befürworten.

[4] Die Bundesfinanzen (EFD, 2026)

Erwünschte und unerwünschte Ausgabenreduktionen – nach Wahlabsicht (Abb. 46)

«In welchen Bereichen sollte der Bund seine Ausgaben reduzieren?» / «In welchen Bereichen sollte der Bund auf keinen Fall seine Ausgaben reduzieren?» – Dargestellt sind nur die 12 Ausgabenbereiche mit der höchsten Nettozustimmung für Ausgabenreduktionen.



Ein ähnliches Muster gibt es umgekehrt bei der Armee und dem Strassenverkehr. In diesen Bereichen möchten Wählende aus dem linken Spektrum die Ausgaben mehrheitlich kürzen, Wählende rechter Parteien sprechen sich jedoch tendenziell dagegen aus. Einziger Bereich, in dem alle Parteianhängerschaften netto Kürzungen befürworten, ist Tourismus und Regionalentwicklung: In allen Parteianhängerschaften sprechen sich dort mehr Personen für eine Ausgabenreduktion aus als dagegen.

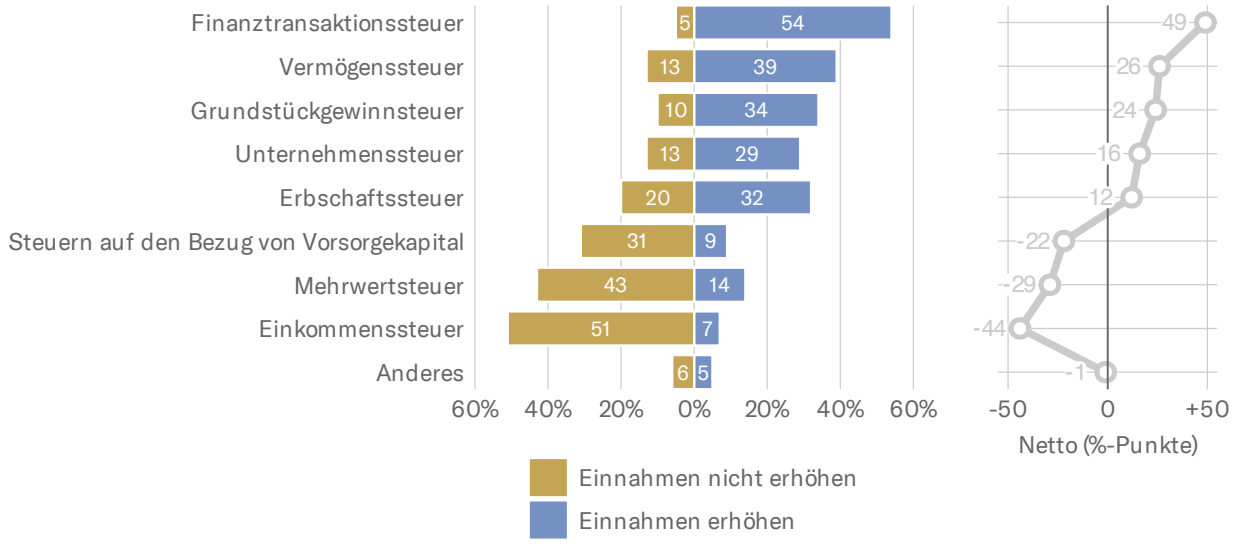
5.3 EINNAHMEN: MEHRWERTSTEUER UNBELIEBT

Fünf der acht untersuchten Einnahmequellen haben in der Bevölkerung mehr Befürworterinnen und Befürworter als Gegnerinnen und Gegner, wie Abbildung 47 zeigt. Am beliebtesten ist dabei die Finanztransaktionssteuer: 54 Prozent befürworten eine Erhöhung der Einnahmen durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, gegenüber 5 Prozent, die sie explizit ablehnen. Das entspricht einer Nettozustimmung von +49 Prozentpunkten. Auch zusätzliche Einnahmen über eine Vermögenssteuer (+26 Pp.), eine Grundstückgewinnsteuer (+24 Pp.), höhere Unternehmenssteuern (+16 Pp.) oder eine Erbschaftssteuer (+12 Pp.) stossen in der Bevölkerung im Grundsatz auf mehr Zustimmung als Ablehnung.

Erwünschte und unerwünschte Einnahmequellen (Abb. 47)

«Wodurch sollte der Bund die Einnahmen erhöhen?» / «Wodurch sollte der Bund auf keinen Fall die Einnahmen erhöhen?»

Hinweis: Die Antwortkategorien wurden für die Lesbarkeit der Grafik gegenüber der Version der Umfrage gekürzt. Die Antwortkategorien in der Umfrage enthielten teilweise eine kurze Erklärung der möglichen Einnahmequellen.

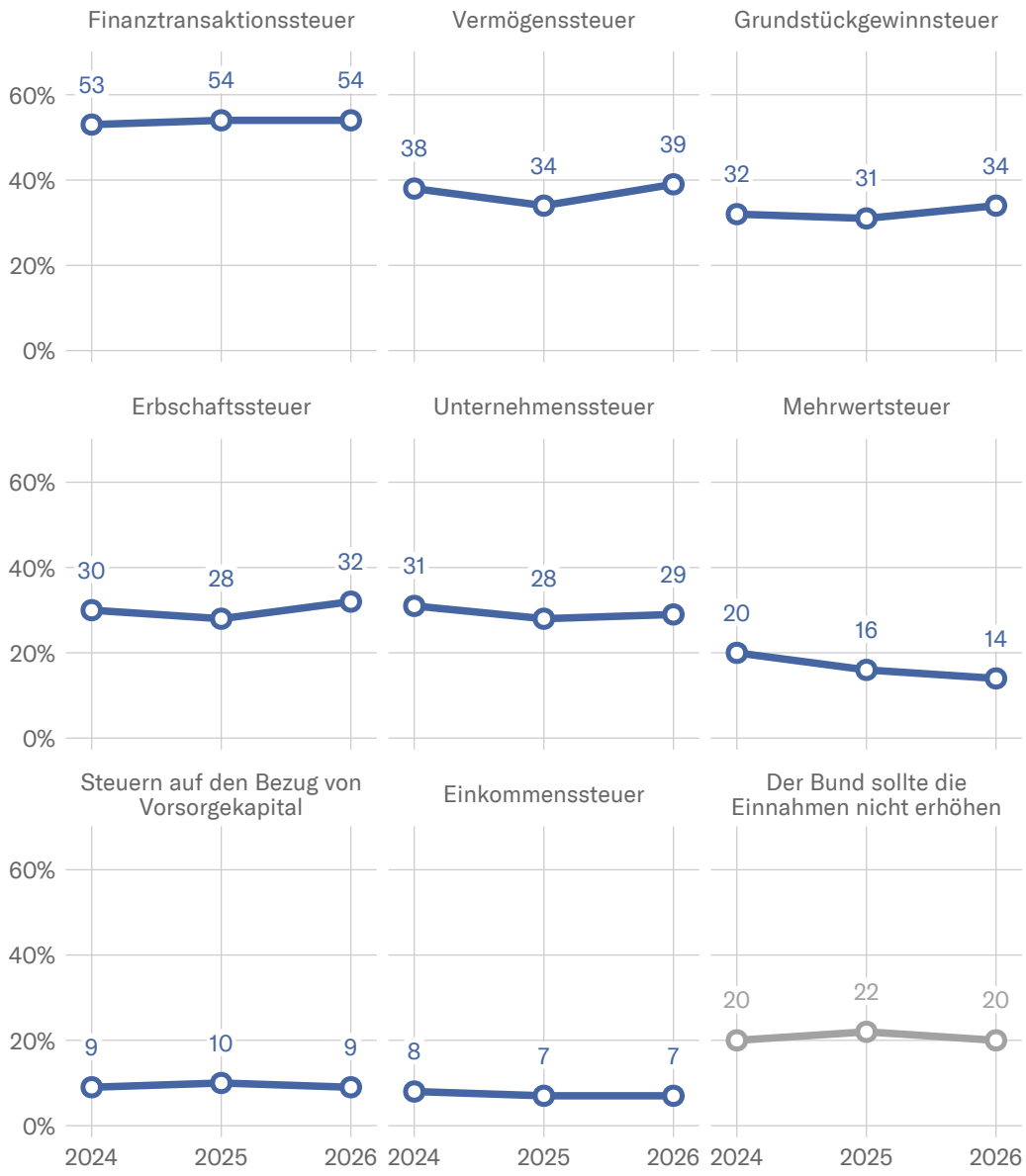


Deutlich abgelehnt werden hingegen höhere Einkommenssteuern (-44 Pp.). Auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kommt in der Bevölkerung nicht gut weg (-29 Pp.). Ähnlich schlecht schneidet eine höhere Besteuerung der Kapitalbezüge aus Vorsorgegeldern ab (-22 Pp.). Das Parlament hatte den bundesrätlichen Vorschlag für eine solche Besteuerung im Rahmen der Beratung des Entlastungspakets 27 verworfen. Unbeliebt sind also primär die Steuerarten, die breite Bevölkerungsschichten betreffen.

Der Zeitvergleich zeigt, dass die Mehrwertsteuer die einzige potenzielle Einnahmequelle ist, die in den letzten zwei Jahren klar an Zuspruch verloren hat: Während sich 2024 noch 20 Prozent für Mehreinnahmen durch eine höhere Mehrwertsteuer ausgesprochen haben, sind es dieses Jahr nur noch 14 Prozent (Abb. 48). Bei keiner anderen Einnahmequelle sind die Abweichungen gegenüber 2024 grösser als zwei Prozentpunkte.

Erwünschte Einnahmequellen – Zeitvergleich (Abb. 48)

«Wodurch sollte der Bund die Einnahmen erhöhen?»
Hinweis: Die Antwortkategorien wurden für die Lesbarkeit der Grafik gegenüber der Version der Umfrage gekürzt. Die Antwortkategorien in der Umfrage enthielten teilweise eine kurze Erklärung der möglichen Einnahmequellen.



Die sinkende Akzeptanz von Mehreinnahmen über die Mehrwertsteuer ist besonders relevant, da aktuell im Zusammenhang mit verschiedenen Ausgabenbereichen eine Erhöhung geplant oder diskutiert wird: Die Bevölkerung wird beispielsweise im November über eine Anhebung der Mehrwertsteuer von 0,4 Prozentpunkten zur Finanzierung der 13. AHV-Rente abstimmen.

Weiter sieht der Bundesrat im Rahmen der Vorlage «Verkehr ’45» eine Verlängerung des aktuell befristeten Mehrwertsteuerpromilles für den Bahninfrastrukturfonds vor.

Zudem hat der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage unterbreitet, mit der die Mehrwertsteuer während zwölf Jahren befristet um 0,5 Prozentpunkte erhöht werden soll, um höhere Rüstungsausgaben für die Armee zu finanzieren. Ursprünglich hatte der Bundesrat noch vorgeschlagen, die Mehrwertsteuer um 0,8 Prozentpunkte während zehn Jahren zu erhöhen. Doch im Parlament stiess selbst die reduzierte Variante auf viel Gegenwind. Der Ständerat konnte sich in der Herbstsession 2026 nur auf eine Erhöhung von 0,2 Prozentpunkten bis 2045 einigen. Wie der Nationalrat die ständerätliche Lösung aufnimmt, ist derzeit noch ungewiss.

Auch in der Bevölkerung stösst die vom Bundesrat vorgeschlagene reduzierte Mehrwertsteuererhöhung von 0,5 Prozentpunkten für höhere Rüstungsausgaben auf Widerstand, wie Abbildung 49 zeigt: 64 Prozent lehnen den Vorschlag ab, davon 42 Prozent klar und 22 Prozent eher. Dafür sprechen sich nur 33 Prozent aus – 11 Prozent klar und 22 Prozent eher.

Erhöhung der Mehrwertsteuer für höhere Rüstungsausgaben (Abb. 49)

«Der Bundesrat möchte die Rüstungsausgaben für die Armee erhöhen. Um das zu finanzieren, schlägt er vor, die Mehrwertsteuer während 12 Jahren um 0,5 Prozentpunkte zu erhöhen. Damit sollen 24 Milliarden Franken zusätzlich eingenommen werden. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?»

Einzig die Wählerschaft der Partei von Verteidigungsminister Pfister steht mit einer knappen Mehrheit hinter dem Vorschlag: 52 Prozent der Mitte-Wählenden befürworten die Erhöhung der Mehrwertsteuer für höhere Rüstungsausgaben. Bei den FDP-Wählenden spricht sich eine knappe relative Mehrheit gegen den Vorschlag aus (49% dagegen, 46% dafür). Klarer ist die Stimmungslage bei der GLP, bei der 59 Prozent dagegen sind. Bei der armeefreundlichen SVP sprechen sich sogar 61 Prozent der Wählenden dagegen aus. Am deutlichsten lehnen die Anhängerschaften von SP und Grünen die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der höheren Rüstungsausgaben ab: 81 Prozent beider Wählerschaften sprechen sich gegen den Vorschlag aus.

Datenerhebung und Methode

Die Datenerhebung des SRG SSR Wahlbarometers fand zwischen dem 10. und dem 23. September 2026 statt. Die Befragung erfolgte online, die Teilnehmenden wurden einerseits über die Webportale der SRG SSR, andererseits via Online-Panel von Sotomo rekrutiert. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 25‘092 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden (Deutschschweiz: 21‘240, Franz. Schweiz: 3‘201, Ital. Schweiz: 651).

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selbst rekrutieren (opt-in), können Verzerrungen in der Zusammensetzung der Stichprobe auftreten. Es werden deshalb statistische Gewichtungsverfahren angewendet, damit die Stichprobe hinsichtlich zentraler soziodemographischer Merkmale der Bevölkerung entspricht. Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Dieses Vorgehen gewährleistet eine hohe Repräsentativität der Stimmbevölkerung der Schweiz. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95-Prozent-Konfidenzintervall (für 50-Prozent-Anteil) +/-1,2 Prozentpunkte.

SOTOMO